Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittmaack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die 6gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407.

Nr. 62. Halle, Sonnabend den 11. August 1917. 1. Jahrgang.

Der Fall Müller.

In der letzten Nummer haben wir schon notiert, daß die Ernennung eines Mitglieds der sozialdemokratischen Partei zum Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt der konservativen Presse Anlaß zu trübseligen Betrachtungen über den Wandel der Zeiten und über die drohenden Gefahren der Zukunft gibt. Hat diese Presse schon aus Anlaß der Wahlrechtsbotschaft vom 11. Juli den „Untergang des alten Preußens" beklagt, so sieht sie jetzt mit dem Verlassen des Grundsatzes, daß

kein Sozialdemokrat Beamter

sein darf, ihre letzte Stütze zusammenbrechen.

Der „Vorwärts" nimmt daher Veranlassung, den aufgestörten Parteien und Zeitungen einige Worte über „Staat und Sozialdemokratie" zu sagen. Wir übernehmen die Darlegung:

Wenn die konservative Presse im Zusammenhang mit diesen Betrachtungen hervorhebt, daß die Grundsätze der Sozialdemokratie unverändert dieselben geblieben seien, so kann man ihr darin nur recht geben. Selbstverständlich erstrebt jeder Sozialdemokrat die Demokratie als Staatsform und die Ersetzung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch die sozialistische — sonst wäre er ja keiner! Selbstverständlich vertritt die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeiterklasse, wobei dieser Begriff wie seit je nicht auf die handarbeitende Schicht allein, sondern auf das ganze durch Arbeit Werte schaffende Volk zu erstrecken ist. Darin ist also alles geblieben, wie es war, und der Rest ist, wie die konservative Presse wiederum ganz richtig hervorhebt, Taktik: Anpassung des politischen Handelns an die gegebenen Umstände zu dem Zwecke, die gesteckten Ziele desto sicherer zu erreichen.

Falsch ist es dagegen, wenn die konservative Presse die

Sozialdemokratie als eine Revoluzzerbande

hinstellt, die nur auf eine passende Gelegenheit wartet, den Staat umzustürzen. Mit diesem Umsturz ist es nämlich eine eigne Sache; die geschichtliche Erfahrung lehrt — jetzt wieder in Rußland —, daß der Racker Staat ein Stehaufmännchen ist, man kann in ihm alles von oberst zu unterst kehren, er stellt sich wieder ganz von selbst auf die Füße, weil kein Volk ohne Staat oder staatsähnliche Organisationsform zu bestehen imstande ist. Etwas andres ist es mit der Staatsform und der Frage, ob das Volk durch einige wenige oder durch seinen eignen demokratisch geordneten Willen regiert werden soll.

Deutschland befindet sich — sicherer als Rußland — auf dem Wege zur Demokratie. Wir werden nach dem Krieg im Reich und in Preußen Volksvertretungen haben, die auf Grund eines demokratischen Wahlrechts gewählt sind. Sache der Wähler wird es sein, diese Parlamente in ihrer Parteizusammensetzung so zu gestalten, daß sie ihren berechtigten Einfluß auf die Führung von Reich und Staat mit jedem möglichen Nachdruck geltend machen. Geschieht das, so gibt es kein Mittel und keine Macht, zu verhindern, daß

Deutschland ebenso demokratisch regiert

wird wie irgendein andres Land der Welt.

Unter solchen Umständen hätte dann eine gewaltsame Umwälzung der Staatsform gar keinen Sinn mehr. Die „Diktatur des Proletariats" läßt sich nur verwirklichen auf dem Boden des allgemeinen Stimmrechts, die Arbeiterklasse vermag alle Widerstände gegen die Demokratie niederzuringen, aber sie vermag nichts gegen die Demokratie selbst. Erst wenn sie die überwältigende Mehrheit des Volkes in den Bann ihrer Ideen gezwungen hat, dann kann sie verlangen, daß nach diesen Ideen regiert wird. Früher nicht. Eine Revolution, die sich nicht die Demokratie zum Ziele setzt, bleibt ein Stoß in die leere Luft. Ein Ziel, zu dem die friedliche Entwicklung sichtbar und rasch heranreift, wird niemand durch eine gewaltsame Bewegung erzwingen wollen.

Wie steht es nun mit dem Sozialdemokraten als Beamten? Er hat wie jeder andre nach vorgeschriebenen Regeln seine Amtspflicht zu erfüllen — darüber hinaus, als Staatsbürger, soll er — wie jeder andre Beamte auch — ein freier Mann sein. Nicht darum etwa kann es sich handeln, die Sozialdemokratie unter die privilegierten und amtlich beglaubigten Parteien einzureihen, sondern es handelt sich um die staatsbürgerliche

Befreiung des Beamten schlechthin,

um die Anerkennung seines Rechtes, außerhalb seines Amtes für die ihn richtig dünkende Ueberzeugung einzutreten.

Das bedeutet für die konservative Partei begreiflicherweise Sodom und Gomorra.

Der ganze Einfluß der konservativen Partei beruht darauf, daß sie allen vom Staat abhängigen Personen eine besondere Art von „Staatsgesinnung" aufzwingen konnte, die, im Grunde genommen, weiter nichts als eine konservative Parteigesinnung ist. Bis zum Ausbruch des Krieges war in der preußischen Verwaltung kein Beamter denkbar, der nicht konservativ war oder doch wenigstens den konservativen Gesinnungen nahestand. Von da ging dann eine Skala der mehr oder weniger erlaubten Gesinnungen über Zentrum und Liberale zu den Sozialdemokraten, deren Gesinnung schlechthin unerlaubt war. Ein unvergeßliches Denkmal konservativer Kulturhöhe bleibt für alle Zeiten die Lex Arons, dieses Gesetz, das eigens dazu gemacht wurde, um einen Privatdozenten der Physik wegen seiner sozialdemokratischen Parteizugehörigkeit von der Lehrtätigkeit auszuschließen und sein Haupt warnend auf Londons Brücke aufzustecken.

Liberale Lehrer wurden gemaßregelt, weil sie bei Stichwahlen zwischen Konservativen und Sozialdemokraten die Parole gegen den Konservativen ausgegeben hatten!

Damit ist es nun zu Ende und vorbei, und darum herrscht

Hoftrauer bei König Heydebrand.

Man denke: gleiches Wahlrecht in Preußen und keine Möglichkeit mehr, die Hunderttausende von Staatsbeamten und -angestellten durch Drohung mit der Maßreglung an der Strippe der „Ordnungsparteien" zu halten! Ist es ein Wunder, daß der Partei, die sich erst neulich in ihrem Hauptorgan rühmte, die „besten und zahlreichsten Kreise des Volkes" zu umfassen, bei einer solchen Wendung der Dinge himmelangst wird?

Es ist ja einigermaßen beschämend, daß man sich inmitten der ungeheuersten Weltereignisse noch über die Frage unterhalten muß, ob im heiligen preußisch-deutschen Reich ein Mann mit vorschriftswidriger Gesinnung Beamter sein kann oder nicht. Aber diese Unterhaltung ist ja auch nur ein Symptom all der Rückständigkeiten, unter denen wir bisher gelitten haben und über die der eiserne Fuß des Weltkriegs unbarmherzig dahinschreitet. Und nichts kann uns ferner liegen, als ein Triumphgeschrei darüber anzustimmen, daß nun auch bei uns zu Lande das eigentlich Selbstverständliche Tatsache zu werden scheint. Denn nicht darum handelt es sich, Sozialdemokraten in Aemter zu bringen, sondern das ganze Staatswesen mit dem Geiste der Demokratie und des Sozialismus zu erfüllen.

Vom „Fall Müller" bis dahin ist noch ein weiter Weg. —

Die Völker der Bukowina.

Die abermalige und jetzt hoffentlich endgültige Befreiung der Bukowina weckt wieder das Interesse an diesem eigenartigen Ländchen. Eigenartig durch die Mischung wildromantischer Berge und Felsen mit üppig fruchtbarem Ackerboden. Eigenartiger durch die Mischung recht einfacher Ackerwirtschaft mit dem Finanzkapitalismus, der alle großindustriellen Unternehmungen beherrscht. Dieselbe Bank entscheidet über den fast monopolisierten Holzhandel wie über die Spiritusindustrie und so manche Brauerei, nicht minder über Zuckerfabriken.

Am eigenartigsten aber ist die Mischung der Nationen. Als die Bukowina 1775 von der Moldau losgetrennt und von der Türkei an Oesterreich abgetreten wurde, da wohnten südlich von Czernowitz die Rumänen, nördlich die Ruthenen und dazwischen die Juden. Neben diesen widmeten sich dem Handel Armenier, deren eine Siedlung sich in der alten Fürstenstadt Suczawa bis heute erhalten hat. Abkömmlinge von Griechen tauchten vereinzelt als Großgrundbesitzer auf.

Zu den drei großen Nationen der Rumänen, Ruthenen und Juden kamen bald deutsche Kolonisten — Schwaben und Sachsen und deutsche Bergarbeiter aus Zips und dem Banat. Die Nachbarschaft Galiziens und die zeitweilige Verbindung der Bukowina mit Galizien begünstigte die Einwanderung polnischer Salinenarbeiter und Kaufleute. Mitten in diesem Völkergemisch gibt es drei rein madjarisierte Gemeinden um Radautz und zwei großrussische der Sekte der Lippowener mit ihrem eignen kirchlichen Oberhaupt.

Nicht minder bunt sind die konfessionellen Bekenntnisse: drei katholisch-römische, griechisch- und armenisch-protestantische, griechisch-orthodoxe, mosaische und die vielen andern, wie der Baptisten. Und es ist gar nicht selten, daß in einem Dörfchen die katholische und protestantische Kirche einander gegenüberstehen, unweit vom byzantinischen Kuppelbau der griechisch-orthodoxen Kirche und dem jüdischen Bethaus.

So viele Nationen, so viele Bekenntnisse, räumlich bei weitem nicht immer gesondert, welch ein Wirrwarr, welch ein ewiger Streit! Keineswegs, das ist eben das eigenartige, daß dieses

Völkergemisch friedlich lebt.

Die Nationen der Bukowina haben das Rätsel gelöst, wie man nebeneinander in Frieden leben kann. Vor allem haben sie die Voraussetzung geschaffen in einer Demokratisierung des Landes. Insolange die Bojaren und ihre Handlanger — Pfaffen, Dorfwucherer und Advokaten — das Land beherrschten, war der Bezirkshauptmann allmächtig und der Gendarm spielte die erste Geige. Auch da war Ruhe, aber die Ruhe des Friedhofs, die Ruhe vor dem Sturme. Der Landtag gab Pensionen und Preise für Stiere. Die Schule hielt man hübsch kurz und im übrigen fühlte sich der Landtag als ein exklusiver Klub, in dem es leider einige Eindringlinge gab.

Dieser Idylle, die sonst nur gestört war, wenn ein Gemeindevorsteher über das Maß gestohlen hatte, machte der Landespräsident Prinz Hohenlohe 1904 ein jähes Ende, indem er den Bezirkshauptleuten verbot, in die Wahlen einzugreifen. Da erkoren nun dieselben Wähler, die sonst fast ausnahmslos die Strohmänner der Bezirkshauptmannschaften und Bojaren gewählt hatten, ihre Vertrauensmänner. Die politische Führung übernahmen Lehrer, und so begann ein neuer Kurs.

Einen Augenblick schien es, als ob der nationale Zwiespalt den ganzen Erfolg zunichte machen würde, aber nur einen Augenblick, denn der stete Anblick der Großgrundbesitzerbänke mahnte zur Eintracht. Und so schufen sich die Bauern und Städter eine nationale Ordnung in der Demokratie. Das

Landtagswahlrecht wurde geändert.

Nicht konsequent, dazu war denn doch die Macht der Großgrundbesitzer zu groß. Es war ein Kompromiß, das zustande kam, und wie alle Kompromisse, leidet es an vielen Schwächen und unlogischen Halbheiten, aber national hat es den Grundstein zu einer neuen Ordnung gelegt. Der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170811-11/fragment/page=0001

Landtag beschloß, die Wähler in fünf Kataster — einen rumänischen, ruthenischen, jüdischen, deutschen und polnischen — sich einreihen zu lassen. Sich, also der Wille sollte bestimmend sein, so daß sich auch die restlichen Nationsplitter den Kataster wählen konnten, wobei im allgemeinen die Ungarn dem rumänischen und die Lippowener dem ruthenischen Kataster zugewiesen wurden. Die Regierung strich den jüdischen Kataster und es wurde wieder ein Kompromiß geschaffen, indem für den deutschen Kataster Mehrheits- und Minderheitsabgeordnete bestimmt wurden. Der Gedanke war, daß die jüdische Mehrheit und die deutsche Minderheit wieder ihren Vertrauensmann entsende. Wahlgeometrie und Wählerschichtung — Großgrundbesitz und Handelskammer — sollten jeder Nation den gebührenden Anteil sichern.

In der Praxis kam es anders, denn da jede Nation in Parteien zerfällt, gewannen die Juden ein Mandat auf Kosten der Deutschen. So rächte sich die von der Zentralregierung gewünschte Stärkung der Deutschen, die die Deutschen im Lande gar nicht anstrebten. Im allgemeinen aber ward

jeder Nation der Besitzstand gesichert

um die nationale Sonderung bis zum Landesausschuß durchgeführt.

Aber die nationale Kataster ist nur ein Anfang, vor allem ging man daran, das Schulwesen dem Streite der Nationen zu entziehen. Wenn auch noch nicht formelles Gesetz — auch dieses ist vorbereitet —, tatsächlich ist das Schulwesen bereits nationalisiert. Es ist ein Schlüssel vereinbart und er wird eingehalten. Keine Nation mengt sich in die Schulangelegenheiten der andern, und vorbereitet ist ein Gesetz, daß auch jede Nation ihre Schulen und ihre sonstigen kulturellen Fürsorgeanstalten allein bezahle. Der Staat hat dem Rechnung getragen durch die Ernennung von drei Landesschulinspektoren und — für die Juden und Polen — zwei Gehilfen. Daß ein Volksschullehrer zum Schrecken der zünftigen Professoren auch Landesschulinspektor wurde, sei nebenbei erwähnt.

Auf andrer Grundlage ordnete die Landeshauptstadt Czernowitz ihr Schulwesen. Die räumliche Mischung der Bevölkerung machte es unmöglich, durchwegs nationale Schulen zu schaffen, auch wollte man, daß alle Schüler neben ihrer Muttersprache eine zweite, die deutsche, erlernen. Die Nichtdeutschen haben den Vorteil erfaßt und in diesem Bestreben gar keine Germanisierungsversuche gesehen. So wird denn die deutsche Sprache in den nichtdeutschen Schulen zuerst als Lehrgegenstand, hernach aber für einige Fächer als Unterrichtssprache gelehrt. Dies ermöglicht in den höheren Klassen ein Zusammenfassen der Schüler zweier Nationen.

Das Gemeindewahlrecht, das übrigens weit demokratischer ist als das Landtagswahlrecht, kennt keinen nationalen Kataster, weil die Landgemeinden meist national einheitlich sind und das übrigens nicht provozierende Wahlkörpersystem einen gewissen Minderheitsschutz verbürgt. Für die Städte trifft dies nicht zu, und so ist denn für diese der Proporz vorbereitet. Von diesem Wahlrecht ausgenommen ist Czernowitz, das ein reaktionäres und widersinniges Wahlkörpersystem hat. Wohl hat sich der Gemeinderat einmal für allgemeines und gleiches Wahlrecht ausgesprochen, aber nur weil die Entscheidung beim Landtag liegt. Doch ist ein Gesetz vorbereitet, das den nationalen Kataster und in ihm den Proporz zur Grundlage macht. Die Nutznießer des gegenwärtigen Schwindels haben die Gesetzwerdung bisher verhindert. Der übrigens sehr reformbedürftige Entwurf wird natürlich jetzt demokratisiert werden müssen. Aber worauf es uns in diesem Zusammenhang ankommt, ist, daß auch ohne die formelle Reglung der Gemeinderat schon jetzt gewisse nationale Ordnungen trifft.

Es ist aber auch das wirtschaftliche Leben und die Fürsorgetätigkeit national gesondert, und wenn es manchmal auch ein Lächeln abzwingt, wenn man sieht, wie peinlich selbst in der Protektion, der Ernennung von Ehrenbürgern und dem Verzeihen schwerer Fehler der Beamten das nationale Gleichgewicht gewahrt wird, so sind das Auswüchse der Flegeljahre in der nationalen Ordnung, die mit der fortschreitenden Kultur und Demokratie von selbst verschwinden werden. Landtag und Gemeinde weisen den nationalen, wirtschaftlichen und humanitären Organisationen die Mittel zu autonomer Verwendung zu. Deswegen ist gewiß die Landes- und die Gemeindepolitik noch lange nicht ideal, aber die nationale Ordnung ist ein gelungener Versuch und zeigt,

wie man es beginnen muß.

So leben auf engem Raume nebeneinander etwa je 380 000 Rumänen und Ruthenen, 110 000 Juden, 60 000 Deutsche und all die andern. Die Rumänen, meist Gebirgsbauern, treiben Viehzucht, fällen Holz und verarbeiten es im Walde, sind auch die Verfrachter zu Wasser und zu Lande. In den Sägewerken arbeiten meist Deutsche, die auch die Bergarbeiter sind. Weiter gegen Norden sind die Bauern mit Musterwirtschaften und Erzgergenossenschaften, um sich in Czernowitz als Maurer den Unterhalt zu verdienen. Der Hutzule im Gebirge ist im Erwerb dem rumänischen Bauern gleich, steht aber kulturell weit tiefer. Der Ruthene im Flachland dagegen ist Zwergbesitzer und vornehmlich landwirtschaftlicher Arbeiter. Wenn noch ein Teil der Polen in den Dörfern wohnt, wohnt die überwiegende Masse der Juden in den Städten. Sie stellen wohl prozentuell das größte Kontingent unter den Besitzlosen und sind meist kleingewerbliche Arbeiter und Privatangestellte. Die Ungarn leben von ihrem Acker, während die Lippowener vorzügliches Obst züchten. So leben diese Nationen

nebeneinander in Frieden und Arbeit.

Auch dort wird assimiliert, der rumänische Schuhmacher wird polonisiert, während der deutsche Zimmermann romanisiert wird. Der ruthenische Spengler kann bald nur noch Jiddisch reden, wo gegen sich der polnische Ziegelarbeiter bald zur Nation der ruthenischen Mehrheit bekennt. Und es gibt auch solche, die schwanken, wohin sie gehören, aber Frieden herrscht doch. —

Was der Krieg bringt.

Neue Versenkungen.

Unterm 9. August wird amtlich gemeldet:

Im Aermelkanal und in der Nordsee wurden durch unsre U-Boote wiederum vier Dampfer und zwei Segler versenkt, darunter englischer Dampfer „Glenstrae" (4718 Tonnen) mit Zinn, Mais u. a., ferner zwei bewaffnete, tief beladene Frachtdampfer, deren Namen und Ladung nicht festgestellt werden konnten. Die Ladungen der übrigen Schiffe bestanden aus Sprengstoffen, Holz, Benzin, Benzol, Oel und Kaffee. —

* * *

Der Seekrieg.

Deutscher Dampfer auf schwedischem Hoheitsgebiet versenkt. Wie Svenska Telegrammbyrån meldet, ist der deutsche Dampfer „Friedrich Karrs" aus Rostock am 8. August, nordwärts gehend, außerhalb der Mündung des Skellefteå Elf versenkt worden. Nach Angabe des Lotsen wurde das Schiff innerhalb 800 Meter der schwedischen Hoheitsgrenze torpediert. Das fremde U-Boot ging nach vollbrachter Tat über Wasser, doch trug es keine Abzeichen.

Versenkt. Eine Reihe Schiffsverluste, die bisher unbekannt geblieben sind, werden durch Angaben der schweizerischen Postverwaltung bekannt, in der diese Mitteilung über verlorengegangene Postsendungen der Schweizer Post macht. Danach sind der schwedische Dampfer „Hudiksvall" in der Ostsee, zwei norwegische Dampfer an der englischen bzw. irischen Küste, der Dampfer „Hitomiunän" auf der Fahrt nach Frankreich und der französische Dampfer „Yarra" versenkt worden; außerdem ist der englische Dampfer „Mongolo" durch Auflaufen auf eine Mine untergegangen.

Norwegische Schiffsverluste. Die norwegische Handelsflotte verlor durch Versenkung im Monat Juli 33 Fahrzeuge mit einer Gesamttonnage von 58 240 Tonnen. Vier Fahrzeuge mit annähernd 14 000 Tonnen sind auf andre Weise verunglückt; neu hinzugekommen sind im gleichen Monat 34 Fahrzeuge von zusammen 11 000 Tonnen. Am 1. August zählte die norwegische Handelsflotte noch 3257 Schiffe mit einem Gesamttonnengehalt von 2 171 393 Tonnen. Auf der andern Seite hat Norwegen große Kriegsgewinne gemacht. Die Veranlagung zur Kriegsgewinnsteuer hat jetzt z. B. für die Stadt Stavanger ergeben, daß 192 Personen für das Jahr 1916 zusammen 7,2 Millionen Kronen Kriegskonjunktur-Steuer zu entrichten haben. —

* * *

Die Finanzlage Frankreichs.

Die „Bataille" vom 3. August schreibt:

„Im vorigen Jahre wurde es uns verboten, öffentlich zu erklären, daß Frankreich fortgesetzt viel mehr einführt als ausführt und daß es deshalb dem Ruin entgegengehe. Nun sind wir in einer derartigen Lage, daß man diese Tatsache nicht mehr verheimlichen kann. Im Jahre 1914 belief sich der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr auf 1500 Millionen Frank. Im Jahre 1915 betrug er 8 Milliarden, im Jahre 1916 10 Milliarden Frank. Für das gegenwärtige Finanzjahr wird er auf 25 Milliarden geschätzt. Unser Land, der Weltbankier vor dem Kriege, wird der Weltschuldner nach dem Kriege sein.

Von allen Nationen, die in den gegenwärtigen Krieg verwickelt sind, war Frankreich am wenigsten für diese Katastrophe vorbereitet. Und dennoch hatte es die schwersten und andauerndsten Angriffe zu ertragen. Es war Frankreich, das seine Männer zu Hundertausenden auf das Schlachtfeld warf. Es war Frankreich, das alles der Flinte, der Kanone und dem Maschinengewehr preisgab. Die Staatsmänner, die an der Spitze der verbündeten Nationen stehen, überschütten uns mit Blumen, was wohl unsrer Eigenliebe schmeichelt, aber keineswegs verhindern kann, daß unsre Lage im höchsten Grade beunruhigend wird. Die militärische Seite des Krieges hypnotisiert diejenigen unter uns, die die Aufgabe hätten, nicht nur Soldaten anzuwerben und Armeen zu erhalten, sondern auch dafür zu sorgen, daß der Sieg uns nicht am Todesbette trifft.

Die Ziffern sind da: 1½ Milliarden, 8 Milliarden, 10 Milliarden und nun gar 25 Milliarden! Diese Summen werden wir aus unserm Volke herausschlagen müssen, weil Frankreich in seinem militärischen Fieber sich keine Rechnung davon abgelegt hat, daß es ein wirtschaftliches Gleichgewicht gibt, das nicht ohne Todesgefahr für das Wirtschaftsleben gestört werden darf; weil der ritterliche Geist mancher unsrer leitenden Männer, die sich an sehr schönen Phrasen berauschen, nichts von der wirtschaftlichen Buchführung versteht und keine Ahnung davon hat, daß letztere einen Teil der modernen Rüstung bildet und daß man keine neuzeitlichen Kriege ohne nüchterne Wirtschaftskräfte führen kann. . . . Diese Frage der Aufhäufung von Staatsschulden, über die wir so lange schweigen mußten, verdient unser tiefstes Nachdenken. Die ganze Zukunft unsers Wirtschaftslebens hängt von ihrer Lösung ab."

So ist es überall. Wenn der Krieg zu Ende ist, hinterläßt er allen Völkern eine Schuldenlast von unerträglicher Höhe und ein zerrüttetes Wirtschaftsleben, dessen Wiederaufbau die ganze Kraft jedes einzelnen Volksgenossen in Anspruch nehmen wird. —

* * *

Die Industriekrise in Rußland.

Wie „Nowoje Wremja" berichtet, fand unlängst in Moskau unter dem Vorsitz des Großindustriellen Tretjakow eine Konferenz von Industriellen statt, in der die Frage ausführlich erörtert wurde, ob die Arbeit in allen Fabriken und Betrieben des Moskauer Bezirks für die Dauer von drei Monaten eingestellt werden müsse. Die Konferenz faßte vorläufig keine endgültigen Beschlüsse, aber schon der Umstand, daß eine solche Körperschaft die Frage der Stillegung der gesamten Produktion ernstlich auswirft und verhandelt, zeugt von dem Ernste der in der Industrie des Moskauer Bezirks heranreifenden Krise. Für die Notwendigkeit der Arbeitseinstellung wurde u. a. ins Feld geführt der immer drückendere Mangel an Rohmaterial und Heizstoffen. Gleichzeitig wird der „Nowoje Wremja" aus Kiew gemeldet, daß die Zahl der Arbeitslosen dort ständig zunimmt.

Ein ganzer Komplex von Teilursachen soll zu dieser Entwicklung beitragen; neben dem Mangel an Rohstoffen und Heizmaterial, der auch hier hervorgehoben wird, nennt man die Einschränkung der Bestellungen der Regierung und die Unmöglichkeit, bei den ungemein hohen Löhnen auszubringen arbeiten zu können; endlich rechne man mit der Möglichkeit eines baldigen Friedensschlusses und beginne schon jetzt mit dem Abbau der Kriegswirtschaft. Auch aus Saratow wird über Arbeitslosigkeit geklagt. In Nischnij Nowgorod beschäftigte sich der Betriebsrat mit der Wirtschaftslage im Gouvernement und stellte die raische Zunahme der Arbeitslosigkeit fest. Im Pawlower Bezirk ist Mangel an Eisen und andern Metallen die Ursache der Betriebseinschränkung. Endlich kommt auch aus Sibirien die Nachricht, daß in den Städten Nowo Nikolajewsk und Barnul die Industriekrise sich verschärft.

Die Bolschewiki haben bekanntlich diese Erscheinungen auf den planmäßigen Wille der Unternehmer zurückgeführt. Sie glauben, daß die Kapitalisten absichtlich die Wirtschaftskrise verschlimmern, um Mißstimmung gegen die Revolution zu erwecken: die Revolution solle durch Arbeitslosigkeit sabotiert werden. Sie empfehlen deshalb ein Gewaltregiment gegen die Unternehmer, um sie von diesem konterrevolutionären Treiben abzuschrecken. An der Tatsache einer schweren Industriekrise in Rußland kann jedenfalls kein Zweifel sein. —

* * *

Jaurès-Feier in Paris.

Am 31. Juli abends feierten die Pariser Sozialisten und Arbeiter den dritten Gedenktag des unsterblichen Opfers des französischen Kriegsfanatismus — Jean Jaurès. Professor Levy-Brühl führte den Vorsitz. Seine Einleitungsrede hatte einen vulgär-pazifistischen Ton und degradierte Jaurès, indem sie ihn mit dem amerikanischen Schwadroneur Wilson verglich.

Die eigentliche Gedenkrede hielt Leon Blum, einer der ersten Mitarbeiter der „Humanité" und intimsten Freunde von Jaurès. Er führte aus:

Die Freunde unsers unsterblichen Führers bauen ihm gegenwärtig ein Denkmal, das, besser als eins aus Marmor oder Bronze, den Ruhm von Jaurès künden wird. Wir bereiten eine Volksausgabe seiner sämtlichen Werke vor, der geschriebenen sowohl wie der gesprochenen. Jaurès' Grundgedanke war: Es kann keinen Sozialismus ohne Republik geben, aber auch keine Republik ohne Sozialismus. Seine umfassenden und tiefen Forschungen in der französischen Geschichte zeigten ihm die Widersprüche, die daraus entstehen, wenn man politische Freiheiten und Rechte nicht auf wirtschaftliche Freiheit und soziales Recht begründen will. Jaurès war Republikaner, aber nicht nach dem Muster der gegenwärtigen Republikaner, sondern nach dem eines Michelet und Victor Hugo.

Seine politischen Ueberzeugungen führten ihn zum Sozialismus und sie entfremdeten ihm die Freundschaft und die Sympathie des ganzen republikanischen Klüngels, der Regierungen macht und Regierungen stürzt und im politischen Gaukelspiel seine Befriedigung findet. Jaurès war international, weil er Sozialist war. Aber er hatte einen viel zu guten Einblick in die Entwicklung, in die Kunst, in die besondere Begabung der einzelnen Nationalitäten, um nicht zu verstehen, daß die freie Entfaltung der nationalen Kräfte eine historische Notwendigkeit ist. Er trat deshalb mit der ganzen Kraft seines Wesens für die Gründung einer Gesellschaft der Nationen ein.

Jaurès war die schönste Verkörperung des französischen Genies, das darin besteht, Gedanken der Gerechtigkeit und der Freiheit zu verbreiten. Für ihn war die sozialistische Partei das beste Instrument für die Verbreitung dieses Gedankens. Deshalb arbeitete er für die Einheit der Partei, und er brachte die größten Opfer, um die sozialistischen und proletarischen Kräfte vor Zersplitterung zu schützen. Wenn er heute unter uns wäre, würde er uns zurufen: „Freunde, bleiben wir einig! Wir werden die Einigkeit nach dem Kriege noch mehr brauchen als je zuvor."

Nach Blum sprach der russische Delegierte Rusanow, der während seines langjährigen Aufenthalts in Paris des öftern mit Jaurès zusammengekommen war. —

* * *

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170811-11/fragment/page=0002

Die preußische Wahlreform.

Die Wahlrechtsfeinde rüsten zum Kampf. In der „Kreuzzeitung" ist bereits eine Verlängerung der Legislaturperiode gefordert worden und die schwerindustrielle „Deutsche Zeitung" schreibt in einer Polemik gegen den nationalliberalen Landtagsabgeordneten Professor Dr. Otto:

Wenn der Abg. Dr. Otto behauptet, das Königswort könne und werde nicht gebrochen werden, so muß bemerkt werden, daß davon gar keine Rede sein kann. Das Königswort ist eingelöst mit der Einbringung der Vorlage im kommenden Herbste. Lehnt sie das Abgeordnetenhaus ab, so mag die Regierung sie in ihrem Schubkasten in Verwahrung nehmen, bis die Zeit reif ist für das gleiche Wahlrecht in Preußen. Vorerst liegt für die Regierung kaum ein Grund vor, sich wegen der Vorlage besonders aufzuregen, denn es ist doch offenkundige Tatsache, daß die Wahlrechtsvorlage lediglich einer Erpressung die Entstehung verdankt. Dies wird man sich jederzeit vor Augen halten müssen.

Die demokratischen Reichstagsabgeordneten werden es sich natürlich nicht nehmen lassen, in der gewohnten Art über den Preußischen Landtag herzufallen; dadurch braucht sich dieser aber keinen Augenblick beirren zu lassen, das zu tun, was er für vaterländische Pflicht erachtet. Das Preußische Abgeordnetenhaus muß ein festes Bollwerk gegen den Reichsparlamentarismus bleiben, dessen Machtgier immer unverhüllter hervortritt und selbst vor den königlichen Rechten nicht haltmacht.

Diese Auslassungen lassen erkennen, daß die Reaktionäre bestrebt sein werden, alle Minen springen zu lassen, um die ihnen verhaßte Reform des Wahlrechts zu vereiteln. Die Regierung hat sich verpflichtet, die Wahlreform, deren Grundlinien in den Erlassen des Kaisers festgelegt sind, schleunigst im Landtag einzubringen und ganz selbstverständlich auch durchzusetzen, koste es, was es wolle. Zu Preußen steht und fällt die Regierung des neuen Kanzlers Michaelis mit der schleunigen Durchführung der Wahlreform. Jeder Zweifel daran ist ausgeschlossen. —

* * *

Rückzug des Zentrums.

Das Zentrum scheint mit der Scheinparlamentarisierung, wie sie Dr. Michaelis bei der Zusammensetzung der neuen Regierung im Reich und in Preußen vorgenommen hat, vollauf einverstanden zu sein. Die „Germania", das Berliner Zentrumsorgan, schreibt befriedigt:

Um auf die Parlamentarisierung der Regierung zurückzukommen, so wissen wir alle heute, wie weit die verantwortlichen Ratgeber der Krone gegangen sind, und dürfen darin zugleich die Grenze wohl zu erblicken haben, bis zu der sie zu gehen beabsichtigen. Daß die Grenze sich durchaus mit dem deckt, was das Zentrum als wünschenswert bezeichnet und erstrebt hat, brauchen wir nicht noch einmal darzulegen.

Aber das Zentrum geht in seinem Entgegenkommen noch weiter. Auf die im Verfassungsausschuß, auch vom Zentrum, angeregte Aufhebung des §9 der Reichsverfassung, nach der niemand gleichzeitig Mitglied des Reichstags und Bundesrats sein darf, scheint es zu verzichten. Wenn Doktor Spahn, der zum preußischen Justizminister ernannte Zentrumsführer, sein Reichstagsmandat beibehalten hätte, wäre eine Abänderung der betreffenden Bestimmung unumgänglich notwendig gewesen. Aber Dr. Spahn wird es nicht darauf ankommen lassen. Die „Germania" ist autorisiert, mitzuteilen, daß er für den Reichstag nicht wieder kandidieren wird, und sie fügt hinzu, daß nun wohl die Wünsche der Linken auf Aufhebung des Schlußsatzes im Artikel 9 keine Aussicht auf Erfolg haben. —

* * *

Feudal!

Der Reichstagsabgeordnete Heyl zu Herrnsheim in Worms hat mit dem Aufkauf der Ortschaft Gerstruben in den Algäuer Alpen und deren Landbesitz, einer Neuerwerbung von 200 Hektar Land und Wiesen, ein neues Familienfideikommiß begründet. Die Bewohner der Ortschaft müssen abwandern.

Der feudale Lederfabrikant errichtet dort eine Hochlandjagd nach englischem Muster und sperrt damit einen Teil des Alpengebiets. Dieser Liebhaberei wegen haben Bauern ihren Grund und Boden zu verlassen. Dieses Bild paßt in die Feudalzeit, nicht aber in die heutige Zeit der bittersten Not. —

* * *

Französische Brotsorgen.

Bislang durfte in den französischen Zeitungen nicht Klage über das Kriegsbrot geführt werden. Nachdem dieses Verbot nun aufgehoben ist, wird gleichzeitig in allen Pressorganen eine scharfe Kampagne geführt.

„Endlich", schreibt das „Journal du Peuple", erlaubt man uns, gegen das Brot zu protestieren, das man uns gegenwärtig verabfolgt. Das lehmartige Aussehen dieses Kriegsbrotes hat schon rein äußerlich nichts Appetitliches, aber wir würden die Farbe zu ertragen wissen, nötigenfalls auch den Geschmack, wenn nur unser Magen nicht so grausam unter der Aufnahme dieses unentbehrlichen Lebensmittels litte. Zahlreich sind in der Tat die Leute, die über Beschwerden klagen, die auf den Genuß des unverdaulichen Kriegsbrotes zurückzuführen sind. Statt 775 Gramm enthält das Brot nur 660 Gramm Mehl. Die fehlenden 115 Gramm werden durch Ersatzmittel gestellt, zu denen noch allerhand Fremdstoffe wie Staub, Schmutz und die verschiedensten Abfälle kommen. Eine merkwürdige Auffassung von Lebensmittelhygiene fürwahr!" Und das Blatt schließt: Lieber weniger Brot als ein Brot, das uns krank macht. Essen heißt noch nicht verdauen. Und weil dieses Brot nicht verdaut werden kann, ist es auch unwirtschaftlich. Das Volk murrt. Es wird sich nicht lange mehr ein K.-K.-Brot gefallen lassen, das nicht einmal sparsam ist. Man schaffe schleunigst besseres Brot! . . . .

Das Pariser Blatt „L'Oeuvre" verhehlt sich nicht, daß das leichter gesagt als ausgeführt ist: „Man schreit: Gebt den Schweinen, was der Schweine ist, und verschont die Menschen mit dem Kleiebrot. Sehr schön. Leider nur ernten wir bloß 40 Millionen Zentner Weizen, während wir 80 verbrauchen. Wo nehmen wir die fehlenden 40 Millionen Zentner her? Wo? Das ist die Frage. Und solange die nicht gelöst ist, hat es auch keinen Zweck, nach besserem Brote zu schreien." —

* * *

Eine gute Zensur.

Auf die frühere Meldung hin, daß Dr. Schwander die ihm angebotene Leitung der Handels- und Sozialpolitik im Reichsamt des Innern abgelehnt habe, um Bürgermeister von Straßburg zu bleiben, schrieb unser dortiges Parteiblatt, die „Freie Presse":

So sehr es uns gefreut hätte, wenn auch einmal in der Reichspolitik zum Schrecken aller Geheimratszöpfe, die schon deutlich ins Wackeln geraten waren, tatsächlich dem Tüchtigen freie Bahn eröffnet und zum erstenmal ein Elsässer zu den höchsten Verwaltungsämtern im Deutschen Reiche berufen worden wäre, so sehr freut es uns, daß Dr. Schwander uns gerade im jetzigen Augenblick nicht im Stiche läßt. . . . Und wir sind der sichern Ueberzeugung, daß diese unsre Freude von der Straßburger Bürgerschaft allgemein geteilt wird.

Hoffentlich gelingt es Dr. Schwander, sich bei der Arbeiterschaft Deutschlands einen ähnlich guten Ruf zu erwerben, wie er ihn offenbar bei der Straßburger Arbeiterschaft hatte. —

* * *

Notizen.

Die Mandate des Abgeordneten Schiffer. Die „Nationalliberale Korrespondenz" begrüßt die Berufung des Abgeordneten Schiffer in das Reichsschatzamt und fügt hinzu, daß Schiffer entschlossen ist, seine parlamentarische Laufbahn nicht abzuschließen. Das Reichstagsmandat wird der Abgeordnete Schiffer allerdings aufgeben, da er zum Mitglied des Bundesrats ernannt werden wird und bekanntlich nach dem Artikel 9 der Reichsverfassung eine Vereinigung beider Mandate in einer Person unzulässig ist. Dagegen wird der Abgeordnete Schiffer Mitglied des Preußischen Landtags bleiben. —

*

Rosa Luxemburg vor dem Dresdner Oberlandesgericht. Vor dem Strafsenat des sächsischen Oberlandesgerichts zu Dresden gelangte, wie das „Berl. Tagebl." berichtet, die Revision der Schriftstellerin Dr. Rosa Luxemburg in Berlin gegen einen sowohl vom Schöffengericht als also vom Landgericht Leipzig bestätigten Strafbefehl wegen Vergehens gegen die Verfügung des Kommandierenden Generals des 12. und 19. Armeekorps zur Verhandlung. Nach der Verfügung bedürfen Vorträge in politischen Versammlungen der polizeilichen Anmeldung, und die Manuskripte der Vorträge sind spätestens 7 Tage zuvor bei der Polizeibehörde einzureichen. Rosa Luxemburg hatte am 6. Juni 1916 in einer Versammlung der Parteifunktionäre des 13. Reichstagswahlkreises in Leipzig-Volksmarsdorf gesprochen, ohne diesen Bedingungen nachgekommen zu sein. Das Oberlandesgericht Dresden verwarf die Revision mit der Begründung, daß eine Rechtsverletzung nach keiner Richtung hin zu erblicken sei. Damit bleibt die über Rosa Luxemburg verhängte Gefängnisstrafe von sechs Wochen aufrechterhalten. —

*

Abgeordneter Dr. Erbmann aus der Partei ausgetreten. Unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung", meldet, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. August Erdmann, Vertreter von Dortmund-Hörde, aus der Partei ausgetreten ist. Er hat sich, der „Leipziger Volkszeitung" zufolge, den Unabhängigen angeschlossen. —

*

Gefängnis für einen Lebensmittelwucherer. Der Großhändler Stephan Kokowski wurde vom Schöffengericht Berlin-Schöneberg wegen Kriegswuchers, begangen beim Handel mit Gänsen, Enten, Hühnern, Eiern und Butter, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte in Berücksichtigung des Umstandes, daß der Angeklagte den Kriegswucher sehr lange Zeit in großem Maße betrieben habe, 2 Jahre und 6 Monate Gefängnis beantragt. —

*

Ein deutscher Protest. Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der schwedischen Gesandtschaft in Petersburg bei der russischen Regierung gegen die neuerdings in den russischen Zeitungen mit besonderer Heftigkeit betriebene Verbreitung von unwahren Gerüchten über die angeblich unmenschliche Behandlung der russischen Gefangenen in Deutschland nachdrücklichen Einspruch erhoben. —

*

Viktor Adler schwer erkrankt. Aus Wien wird gemeldet: Der Führer der deutschen Sozialdemokraten Doktor Viktor Adler ist an Lungenentzündung und Herzerweiterung schwer erkrankt. Sein Befinden ist besorgniserregend. —

*

Diktator Venizelos. Havas meldet aus Athen: In der Kammersitzung hielt Venizelos eine Rede, in welcher er die Machenschaften, die die gegenwärtige Lage herbeigeführt hätten, verdammte und hinzufügte, er sei entschlossen, außerordentliche Maßnahmen einzuleiten und, wenn nötig, selbst zur Diktatur zu greifen, um alle Maßnahmen zu bekämpfen, die sein Werk stören könnten. Er schloß mit der Erklärung, er sei sicher, die große Mehrheit des Volkes für sich zu haben. —

*

Generalstreikplan in Italien. „Avanti" teilt mit, daß die sozialistische Kammergruppe beschlossen hat, gleich nach Beendigung der Entente-Konferenz in London eine neue Sitzung zu veranstalten. Wie hierzu aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, beabsichtigen die sozialistischen Abgeordneten, in dieser Sitzung den Generalstreik in ganz Italien vorzuschlagen, falls die Londoner Entente-Konferenz kein greifbares Ergebnis für den Frieden vor dem kommenden Winter bringen sollte. Der letzte Anstoß zu diesem Entschluß, der schon lange in der Partei erwogen wird und wiederholt nahe vor der Ausführung stand, ist durch die Unterredungen der Parteileitung mit den russischen Sowjetdelegierten gegeben worden. —

Der Vormarsch im Osten. Dem österreichischen Heeresbericht vom Donnerstag entnehmen wir folgende Angaben: Bei der an der ungarischen Ostgrenze fechtenden Armee des Generalobersten Freiherrn v. Rohr kam es gestern fast an allen Frontabschnitten zu günstig verlaufenden Kämpfen, in denen wir Raumgewinn erzielten. Sämtliche Angriffe des Feindes wurden blutig abgeschlagen. In der südlichen Bukowina entriß nach mehrtägigem harten Ringen unsre Kavallerie den Russen bei Wama zwei hintereinanderliegende Höhenstellungen; sie ist im Vordringen auf Gura-Humora. Weiter nördlich trat in der Lage keine wesentliche Aenderung ein. — Einer Berner Meldung der „Bossischen Zeitung" zufolge hat man infolge des russischen Rückzugs in der Bukowina mit der Räumung der Moldau begonnen. Die Russen und Rumänen rechnen demnach mit der Möglichkeit, daß auch die Moldau von den verbündeten Mittelmächten besetzt werden wird. —

*

Engländer gehen nach Stockholm. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London vom 9. August: Der ausführende Ausschuß der Arbeiterpartei hat seinen Beschluß vom 26. Juli, der Partei die Entsendung von Abgeordneten zu empfehlen, mit einer Mehrheit von drei Stimmen aufrecht erhalten. —

*

Dienstpflicht in Kanada. Der Senat in Ottawa hat die militärische Dienstpflichtbill in dritter Lesung angenommen. —

*

Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung in Rußland. Nach einer Kopenhagener Drahtmeldung aus Petersburg werden von der vorläufigen Regierung nun die Bestimmungen für die Wahlen zu der gesetzgebenden Versammlung veröffentlicht. Danach erhalten alle Männer und Frauen über 20 Jahre das Wahlrecht, nur Verbrecher und Fahnenflüchtige werden davon ausgeschlossen. In allen Teilen des Landes werden Ausschüsse ernannt, die die Durchführung der Wahlbestimmungen zu überwachen, alle Wahlvorbereitungen zu treffen und die für die Wahlen erforderlichen Arbeiten auszuführen haben. —

*

Neutrale Ministerkonferenz. „Aftenposten" teilt mit: Wie verlautet, hat die schwedische Regierung in den letzten Tagen des Juli die übrigen europäischen neutralen Regierungen aufgefordert, an einer neutralen Ministerbegegnung in Stockholm von der Art der schon früher in Aussicht genommenen teilzunehmen. Wie es heißt, sollen die Verhandlungen unter anderm die durch Amerikas Eintritt in den Krieg verschlimmerte Lage der Neutralen zum Gegenstand haben. Mehrere zustimmende Antworten sollen schon eingelaufen sein. —

* * *

Zweite Schlacht in Flandern

W. T. B. Großes Hauptquartier, 10. August 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern schwankte gestern die Kampftätigkeit der Artillerien bei wechselnder Sicht in ihrer Stärke; sie nahm abends allgemein zu, hielt während der Nacht an und steigerte sich heute in den frühesten Morgenstunden zwischen der Yser und Lys zu stärkstem Trommelfeuer. In breiten Abschnitten östlich und südöstlich von Ypern haben darauf starke feindliche Infanterieangriffe eingesetzt.

Im Artois war der Artilleriekampf beiderseits von Lens und südlich der Scarpe sehr lebhaft. Abends griffen die Engländer vom Wege Monchy—Pelves bis zur Straße Arras—Cambrai in dichten Massen an. Unser Vernichtungsfeuer schlug verheerend in ihre Bereitstellungsräume; die vorbrechenden Sturmwellen erlitten im Abwehrfeuer und Nahkampf mit unsern kampfbewährten Regimentern schwerste Verluste und wurden überall zurückgeworfen.

Nördlich von St.-Quentin entrissen brandenburgische Bataillone den Franzosen einige Grabenlinien in 1200 Metern Breite. Gegenangriffe des Feindes scheiterten, über 150 Gefangene blieben in unsrer Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Soissons und Reims, in der Westchampagne und auf beiden Maasufern erreichte das Feuer zeitweilig erhebliche Stärke.

Eine französische Erkundungsabteilung, die an der Straße Laon—Soissons in unsre Gräben eindrang, wurde durch Gegenstoß vertrieben.

Oestlich der Maas brachen badische Stoßtrupps in die französische Stellung nördlich von Bacheranville ein und führten eine Anzahl Gefangene zurück.

Leutnant Gontermann schoß zwei feindliche Fesselballone ab.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Anhaltende Gefechtstätigkeit bei Dünaburg, südlich von Smorgon und bei Brody. Hier brachte ein Unternehmen deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen über 200 Gefangene ein.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Südlich von Czernowitz wurde hartnäckig gekämpft. Unsre Truppen drangen an mehreren Punkten in die Grenzstellung der Russen ein.

Auch in der Szerethniederung und an der Strelke wurden nach Abwehr feindlicher Gegenstöße Vorteile erzielt.

Beiderseits Tratus, und Putnatal nahmen die verbündeten Truppen trotz zähen Widerstandes der Rumänen mehrere Höhenstellungen im Sturme.

In den beiden letzten Tagen wurden im Oitoz-Abschnitt über 1400 Gefangene gemacht und 30 Maschinengewehre erbeutet.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

Zu beiden Seiten der Bahn Focsani—Adjudul Nou haben deutsche Divisionen in breiter Front den Uebergang über die Susita erzwungen. In erbitterten Gegenstößen suchten die Gegner unter Einsatz starker Massen unser Vordringen zu hemmen; alle ihre gegen Front und Flanke geführten Angriffe scheiterten unter schwersten Verlusten.

Mazedonische Front:

Nichts Besonderes.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170811-11/fragment/page=0003

Nur 18 Tage! Vom 12. bis einschließlich 29. August!

Zirkus Krone

Riesen-Schau

Eröffnung: Sonntag den 12. August, nachm. 4 und abends 8 Uhr

Halle a. d. S., Auf dem Roßplatz

Wir beginnen!

Offizielle Ankündigung des Kriegsgastspiels in Halle.

Der Zirkus **Krone** (früher Charles) beginnt auf dem **Roßplatz.**

Ein kurzes Kriegsgastspiel wird angekündigt!

Die große Schau ladet in ihrer vollen Größe und Pracht zum Besuch ein.

Kriegsmäßig ausgestattet und mit einem erprobten Kriegsprogramm!

Auch im Kriege wirkt der große, echte und wahre Zirkus elektrisierend auf die Massen!

Seit Kriegsbeginn ist die Leitung des Unternehmens um die Erfahrung reicher, daß die **zirzensische Kunst** in den heißen, spannungsvollen Tagen der Kriegszeit **eher ein Bedürfnis** geworden ist für die Menschen als vorher!

Die 8 volle Monate **während Zirkussaison** in Wien und und 4 volle Monate in **Berlin** ist der beste und schlagendste Beweis für unsre Behauptung!

In Friedenszeiten konnte die Spielzeit eines großen Zirkus in der Reichshauptstadt Wien niemals länger als 3 Monate andauern.

Zirkus **Krone** hat es im Weltkrieg 1914/15 jedoch auf mehr als **8 Monate** gebracht, und 1915/16 in **Berlin volle 4 Monate** geweilt.

Der **Erfolg war von Woche zu Woche,** von Monat zu Monat steigend.

Die **Miesmacher** lügen wie immer, wenn sie sagen, der Krieg **tötet jedes Verlangen nach Vergnügen und Erholung.**

Ihre Behauptung ist nicht wahr:

Die Scheinkunst, die nichtssagende **Unterhaltung** wird in diesen schweren Tagen gemieden, die **wahre Kunst** siegt auch im **Kriege!**

Selbst die zahlreichen Feinde staunen über unsre Ruhe, daß wir uns das **Bedürfnis nach Befriedigung unsrer künstlerischen und wissenschaftlichen Interessen** bewahrt haben.

Zirkus **Krone** wird für **Halle** das gleiche Ereignis bedeuten, wie für **Berlin** und **Wien.**

Farbenprächtige Zirkusbilder, aus neuen Ideen entstanden, die **Pferde- und Tierschönheit** in das moderne Gebiet der **Dressur** geleitet und nach ästhetischen Grundsätzen geführt, die **wilden Bestien** mit dem eisernen Willen des waghalsigen, energischen Menschen bezwungen, die **Varieté- und Reitkunst** nach neuen Gesichtspunkten ausgebildet, die **Manegekomik** in ihrer Kriegsverkleidung, aktuell und grotesk, alle diese Momente zusammengenommen, mit der höchsten und leistungsfähigsten **Organisation** eines kaufmännischen Betriebs ausgestattet, geben das **Wesen des Unternehmens Krone** wieder.

Das ist erst der echte Krone, die **„Krone aller Zirkusse Europas".**

Auch nach der **schönen Saalestadt** bringt Direktor Carl **Krone** mit seinem großzügigen Unternehmen **Erholung und Vergnügen!**

Denn unsre Nerven bedürfen nach den stürmischen Siegestagen dringend der **Entspannung!**

Krone, das große Schauinstitut, vermag dieses **Wunder!**

Die Erfahrung wird's bezeugen!

Am **Sonntag** den 12. August beginnen wir.

Das Kriegsprogramm des Zirkus Krone für Halle.

Mit einem außergewöhnlichen Spielplan beginnt Krone; das Berliner und Wiener Gastspiel ist maßgebend auch für Halle, und diesen entsprechend sind es vier große Gruppen, in welche die große Schau von ideellen Gesichtspunkten geleitet, einzuteilen ist.

I. Die Kunst.

Wir stellen die Artistik obenan. Sie ist die Krone, in ihrer natürlichen Entwicklung erhalten; da gab und gibt es niemals Surrogate, auch wenn der Betrieb sich vervielfacht und der alte Zirkus sich zu einem **Riesenmonstrum** ausgebildet hat. Direktor Carl **Krone** ist der Erhalter der reinen artistischen Kunst ohne falsche Formen und ohne verkehrte Ziele. Krone huldigt der Schönheit der Pose, die noch heute das Auge eines jeden Menschen erfreut. Der **Ausbruch des Weltkriegs** erschwerte die Beibehaltung dieses künstlerischen Zieles, da mehr als fünfzig Prozent der Artisten zu den Fahnen eilten und Ersatz ziemlich schwierig war. Jedoch auch hier siegte der Wille, und **Krone kann stolz verkünden, daß er treu der Kunst bis heute geblieben ist.**

II. Die Wissenschaft.

Durch Europas weite Großstädte ist **Krone als der hervorragendste Tierkenner** bekannt. Der **reisende zoologische Park** steht ohne Konkurrenz da, und wo er aufgestellt wird, nahen sich **Gelehrte** und **Fachleute,** lassen sich Belehrungen geben über das Wesen der Tiernatur, über ihre Eigentümlichkeiten und Lebensweise, zu vielen Zehntausenden strömen Schüler in Begleitung der Lehrpersonen, es werden Vorträge gehalten und in den **Musterstallungen Unterrichtsstunden** erteilt. Wer zweifelt noch, daß Krones Schöpfung nicht einen bedeutenden Kulturfaktor im Zeitalter des Anschauungsunterrichts bedeutet? Da komme noch einer und behaupte, Zirkus ist Zirkus, **wenn Krone von der hervorragendsten europäischen Presse und den berühmtesten Gelehrten als die beste Schule für die Kenntnis der Naturgeschichte bezeichnet wurde.** Einen Tiergarten können sich nur wenige Millionenstädte gönnen. **Krone ergänzt in vielen Großstädten des Kontinents durch sein Erscheinen diese Lücke, die im Interesse der Wissenschaft** ausgefüllt werden muß.

III. Der Sport.

Die **Heimat des Sports,** der Quell aller sportlichen Künste ist der **Zirkus.** Die Elastizität des menschlichen Körpers findet im Zirkus die raffinierteste Pflege. Die Manege ist der Born, aus dem alle sportlichen Vereinigungen ihre Aufgaben schöpfen. Mag auch die Zeit des Ringkampfs, des Athleten, momentan infolge der ungesunden Auswüchse vorüber sein, der Boden, auf dem er groß geworden, und von dem die Sportvereine ihren Ausgangspunkt genommen haben, war der **große Zirkus. Bei Krone gilt auch heute die Pflege der Reitkunst** in sportlicher Hinsicht als **elementarer Grundsatz der Zirkuskunst,** und sie findet in dem berühmten **Pferdedressur Benoit Ahlers** (Ahlers, bekannt von seinem Hunde- und Affen-Zirkus vom Hamburger Dom), ferner auch in der bekannten Reiterfamilie **Janoth** und **Kolzer** ihre besten Vertreter. Mannigfaltig sind die Gebiete des Sports, die aus dem Zirkus stammen. **Direktor Krone** läßt ihnen die **größte Aufmerksamkeit** zuteil werden, und seine Arbeit wird reichlich belohnt durch die **Teilnahme der Sportvereinigungen** in den Städten, die er mit seinem Unternehmen aufsucht.

IV. Das Vergnügen.

So zwischen durch alle die großen Nummern des **Krone-Programms** zieht sich wie ein roter Faden der **groteske Humor der Clowns** — ein deutscher passender Ausdruck fehlt leider für diese beliebte Zirkusfigur — und seinen dummen August. Welche große Distanz zwischen der Komik des einen oder des andern Clowns! Ein Berliner Journalist sagte einmal in einer Kritik, wenn ein tüchtiger „August", tölpelhaft, wie er gewöhnlich dargestellt wird, über den Teppich fällt, so hat er mehr gelacht, als wenn er bei zehn der besten französischen Schwänke gewesen wäre. Das große schauspielerische Talent, über den Teppich zu stolpern, hat eine weite Spannung, die vom Dilettantismus bis zum Genie reicht. Und die tüchtigen Auguste bleiben diejenigen, welche mit **einfachen Mitteln die höchsten Wirkungen** erzielen, ohne Requisiten, ohne Assistenz, ohne Vorbereitungen, nur mit der Mimik, mit dem Selbstverständlichen, das niemand ahnt. So sieht und faßt **Krone das Wesen des Manegehumors** auf, und in diesem Grundsatz liegt die Stärke des an und für sich **grandiosen Programms.**

Jeden Abend 8 Uhr
Sonntags, Mittwochs und Sonnabends nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr
Prächtige Vorstellungen.

Sonntags von 11 bis 2 Uhr: Tierschau.

Carl Krone der Direktor und Eigentümer des Unternehmens.

Man rümpft nicht mehr die Nase, wenn man mit dem Direktor eines großen Zirkusses in Verbindung tritt. Schon gar nicht bei Carl Krone, dem Herrn und Gebieter über einen kleinen „Staat auf Reisen", dessen Jahresregie gewiß das Budget von San Marino, eines unsrer vielen Feinde, übersteigt. Weit verzweigt ist das Gebiet, das der Direktor beherrscht, administrativ und artistisch. Kaufmännisch wird der Riesenzirkus mit dem Betrieb eines Tag und Nacht in Gang befindlichen Kaufhauses verglichen, das ununterbrochen in Wanderschaft sich befindet, artistisch ist das Unternehmen schlechtweg das Unternehmen Krone, eine Spezialität für sich, die keinen Vergleich duldet. In erster Linie ist Krone ein Mann in den mittlern, besten Jahren, mit dem freien Blick eines reellen Kaufmanns, der wahre Direktor der Zirkusschau, wir meinen, soweit sie nach außen ihre Fühler ausstreckt, stellt er ihren geistigen und faktischen Leiter dar. Das will bei den heutigen schwierigen Verhältnissen viel besagen. Seine volle Unabhängigkeit gegenüber der Oeffentlichkeit unterstützt diesen obersten Grundsatz der Führung des Unternehmens. Ist eine Rechtsfrage zu erledigen, dann tritt Krone mit dem vollwertigen Juristen seines Bureaus auf, der schon so manchem Advokaten eine harte Nuß abgegeben hat, für den Verkehr mit den Behörden wird er von seinen Geschäftsführern assistiert, für Eisenbahn und Schiffahrt ist der Reisemarschall mit seiner großen Kenntnis des einschlägigen Fachwissens am Platze, Presse und Reklame hat ihren eignen Pressleiter, außerdem sorgt ein Stab von Sekretären und Kassierern für die innere Ordnung im Betriebe. Man kann heute mit dem Zirkus nur altenmäßig verkehren, nicht mehr mit Bluff und ähnlichen Mitteln. Krone ist selbstverständlich auch der einzig maßgebende Herr im ganzen Hause; die Ressortleiter sind der Oberregisseur, der Oberstallmeister, der Musikdirektor, der Raubtier-Inspektor und der Betriebsleiter. Jedes Ressort hat dann noch Unterabteilungen. Ueber allen Gruppen steht der Direktor, und man kann sich leicht ausmalen, welche Arbeitslast auf ihm lastet. Krone ist ein großer Künstler, ein Tierkenner, der die Seele des Tigers, des Löwen, des Elefanten und des Seelöwen kaum wie einer zuvor ergründet hat, ein Dressur der modernen Schule, der seine großen Erfolge erreicht, weil er das Wesen der Tiere versteht, und nicht zuletzt ein Kenner der internationalen Artistik. Mit diesen Gaben ausgestattet, von einer ihm sachlich und seelisch nahestehenden Frau aufs vortrefflichste unterstützt, vollbringt Krone Wunder der Tiererziehung und der artistischen Leistung. Nur die Ruhe und die Kunst der Organisation vermögen den Betrieb auf der Höhe zu erhalten, auf der er sich gegenwärtig befindet. Das System Krone gibt heute den besten Typ für die Großzügigkeit eines Reiseunternehmens ab, das trotz seiner Kompliziertheit mustergültig und bahnbrechend ist. Nur der allein Tüchtige und Befähigte ist heute imstande, vorwärtszukommen, die andern bleiben zurück. Bei Krone sehen wir diesen ausgezeichneten Grundsatz vollständig bewahrheitet.

Preise der Plätze

einschließlich Kartensteuer:

Galerie	III. Platz
70 Pfg.	1.20 Mk.
II. Platz	**I. Platz**
1.50 Mk.	2.00 Mk.
Sperrsitz	**Logensitz**
3.00 Mk.	4.00 Mk.

Vorverkauf: Zirkus-Tageskasse, Tel. 5442, **Zigarrenhaus Max Schulz,** Große Ulrichstraße, Ecke Große Steinstraße 1/2, Tel. 6951. Es empfiehlt sich, Karten im Vorverkauf zu erstehen, um einen günstigen Platz nach Wunsch zu erhalten

Achtung!

Militär vom Feldwebel abwärts und **Kinder** unter 14 Jahren zahlen **nur** zu den **Nachmittagsvorstellungen** auf allen Sitzplätzen

halbe Preise.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170811-11/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 62. Halle, Sonnabend den 11. August 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 11. August 1917.

Der Sozialdemokratische Verein für Halle und den Saalkreis

hält am nächsten Donnerstag eine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht unter anderm ein Vortrag des Genossen Wendemuth über „Die wirtschaftlichen Gegensätze der europäischen Großmächte". Die Vereinsmitglieder werden gebeten, schon jetzt für diese Versammlung zu wirken, damit sie einen ebenso guten Besuch aufweist wie anregenden Verlauf nimmt. —

Neue Obstreglung.

Amtlich wird mitgeteilt:

Die Höchstpreise für Aepfel, Birnen und Pflaumen, die soeben erlassen worden sind, unterscheiden sich von den vorjährigen Obsthöchstpreisen insofern, als in diesem Jahr Edel- und Tafelobst sowohl wie Wirtschaftsobst unter Höchstpreise gestellt worden sind. Durch diese Maßnahme hofft die Reichsstelle für Gemüse und Obst zu verhindern, daß, wie im letzten Jahre, wurmstichiges Wirtschaftsobst als Tafel- oder Edelobst verkauft wird. Der Vorsitzende der Reichsstelle für Gemüse und Obst hatte in diesem Jahre die heftigsten Kämpfe mit den Erzeugern zu bestehen, die ebenso wie im vorigen Jahre Tafel- und Edelobst höchstpreisfrei haben wollten, um hier weiter ihre allzu guten Geschäfte auf Kosten des Verbrauchers machen zu können. Eine straffere Kontingentierung des Obstes war in diesem Jahre besonders am Platze, da 8 Millionen Zentner Obst für die Marmeladenfabriken gebraucht werden. Der kommende Winter wird eine besonders starke Fettknappheit mit sich bringen. Und die Marmelade wird infolgedessen als Brotaufstrich eine ganz besonders wichtige Rolle spielen. Aus diesem Grunde hat auch die Reichsstelle für Gemüse und Obst in den deutschen Bundesstaaten, die als besonders große Obsterzeuger in Betracht kommen, Reichsbeamte eingesetzt, die dafür zu sorgen haben, daß die Bevölkerung dieser Bundesstaaten nicht besser mit Obst versorgt wird als die Bevölkerung der übrigen, weniger Obst erzeugenden Bundesstaaten. Solche Reichsbeamte haben ihren Sitz unter anderm in München, Stuttgart und Darmstadt.

Wie weiter mitgeteilt wird, beziehen im ganzen Reiche keine Ausfuhrverbote für Gemüse. Landräte und Gemeindeverwaltungen dürfen unter keinen Umständen die Ausfuhr von Gemüse verbindern. Einzelne Bezirke nur, wie Kalau und Lübbenau oder Greifenhagen und Randow bei Stettin, sind unter Reichsverwaltung gestellt worden. In diesen Bezirken sind den Landräten Kommissare der Reichsstelle für Obst und Gemüse beigegeben worden, die ihre Genehmigung zu den Aufkäufen von Gemüse in diesen Bezirken zu erteilen haben. Die Maßnahme ist deswegen getroffen worden, weil die Aufkäufer in Kalau und Lübbenau besonders rücksichtslos vorgegangen sind, und weil die Kreise Greifenhagen und Randow ganz besonders von den Hamsterfahrten aus den Ostseebädern betroffen würden. —

---

* **Milchkartenausgabe.** Die Ausgabe der neuen, vom 20. August ab gültigen Milchkarten erfolgt für Kinder, stillende Mütter und schwangere Frauen in den zuständigen Markenausgabestellen vom Montag den 13. August an bis einschließlich Sonnabend den 18. August, und zwar jeweils mit der Ausgabe der Brotmarken. Hierbei sind vorzulegen der neue Lebensmittelschein und der Stamm der alten Milchkarte, außerdem entweder ein Altersnachweis oder ein Attest des Arztes, evtl. der Hebamme. Die Erneurung der auf Grund ärztlicher Atteste ausgefertigten Milchkarten sowie derjenigen für alte Leute über 75 Jahre erfolgt im Grundstück Marktplatz 22 (früher Hotel Goldener Ring), Erdgeschoß, in der Glashalle, nach folgender Ordnung: An Personen, deren Familienname beginnt mit den Buchstaben A—E Montag den 13. August, F—H Dienstag, J—L Mittwoch, M—R Donnerstag, S—T Freitag, U—Z Sonnabend. Bei der Erneurung ist der neue Lebensmittelschein und der Stamm der alten Milchkarte vorzulegen. —

* **Eine Sitzung der Stadtverordneten** findet am Montag den 13. August, nachmittags 4 Uhr, statt. Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung lautet: 1. Wahl eines Mitgliedes in die Deputation für das Obdachlosenasyl. 2. Verstärkung des Kriegsfonds. 3. Aenderung der Bedingungen über Gasabgabe. 4. Mietung von Diensträumen. 5. Abkommen betr. die Wanderarbeitsstätte. 6. Uebertragung von Stadsresten. 7. Nachbewilligung für die Schlosserstraßenschule. Die Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung umfaßt: 8.—9. Annahme von Kapitalien für Grabpflege. 12. Anstellung eines Beamten. 13. Armenpflegerwahl. 14.—15. Schiedsmannswahl. —

* **Allgemeine Sackbeschlagnahme.** Die Reichssackstelle veröffentlicht im „Reichsanzeiger" eine Bekanntmachung zur Bundesratsverordnung vom 27. Juli 1916. Danach werden sämtliche Säcke, die mit Ware gefüllt von dem Verbraucher einschließlich Sack erworben sind oder erworben werden, nach ihrer Entleerung für die Reichssackstelle in Anspruch genommen. Die Eigentümer haben die Säcke den von den zuständigen Sammelstellen mit dem Einsammeln beauftragten, mit Ausweis versehenen Personen vorzulegen und gegen Zahlung des Uebernahmepreises auszuliefern oder der Sammelstelle ihres Bezirks unmittelbar zu übersenden. Ausgeschlossen von der Ablieferungspflicht sind nicht mehr verwendungsfähige Säcke sowie gefettete Papiersäcke. Die Bestimmungen sind auf Industrien oder Verbände, denen die Rücknahme der leeren Säcke von der Reichssackstelle ausdrücklich gestattet ist, keine Anwendung. —

— **Feldpostbriefe mit Wertangabe.** Der Staatssekretär des Reichspostamts hat unterm 6. August folgende Bekanntmachung erlassen: Um eine mißbräuchliche Auflieferung von Feldpostbriefen mit Wertangabe und die damit verbundene Belastung des Feldpostbetriebs zu verhindern, ist bei derartigen Sendungen fortan in jedem Falle vom Absender auf der Rückseite des Umschlags der Inhalt anzugeben. Wertbriefe, auf denen die Inhaltsangabe fehlt oder die nicht zugelassene Gegenstände enthalten, werden weder angenommen noch befördert. Die Annahmebeamten der Postanstalten sind ermächtigt, in Fällen, in denen begründete Zweifel an der Richtigkeit der Inhaltsangaben bestehen, vom Absender die offene Vorlegung der Wertbriefe zu verlangen und im Weigerungsfall die Annahme abzulehnen. Zur Vermeidung von Weiterungen wird erneut darauf hingewiesen, daß in Feldpostbriefen mit Wertangabe nur Geldbeträge sowie wichtige Schriftstücke (Verträge, Vollmachten, sonstige Urkunden usw.) und Wertsachen, wie Uhren, Orden und dergleichen, übersandt werden dürfen. Die Benutzung dieser Versendungsart zur Uebermittelung andrer Gegenstände (Lebens- und Genußmittel, Waren, kleine Bekleidungsgegenstände und dergleichen) ist nicht gestattet. —

— **Was an Büchsengemüse verdient wird.** Die Konservenfabrik Braunschweig hatte 1916 einen Gesellschaftsreingewinn von 189 946 Mark auf 210 000 Mark Aktienvermögen, das sind rund 90 Prozent Gewinn. Wir sind neugierig, was im nächsten Jahre die Konserven im Hinblick auf die diesjährigen Preise für frisches Gemüse kosten werden. Sicher wird die 2-Pfund-Dose Bohnen nicht unter 2 Mark zu haben sein. Vielleicht klebt man gleich einen Zettel daran: „Nur für Herrschaften." Daß unsre Behörden diese wahnsinnige Preissteigerung Jahr für Jahr nicht verhindert haben, ist eine der traurigsten Erfahrungen dieser traurigen Zeit. Im Braunschweiger „Volksfreund" wird das Urteil einer Landwirtsfrau wiedergegeben, die seit Jahren Obst und Gemüse nach Hannover liefert. Dieses Urteil zeigt, daß selbst Erzeuger, wenn sie noch ein wenig Einsicht besitzen, die festgesetzten Preise für zu hoch halten. Die Frau erklärte, daß sie in den Kriegsjahren bis jetzt schon ebenso viel verdient habe wie in den früheren 25 Jahren, in denen sie ihr Geschäft betreibe. Nach dem Kriege habe sie genug, um sich zur Ruhe setzen zu können. Sie selbst sei erstaunt über die Höchstpreise, die halb so hoch auch schon reichlich genug seien, aber wenn sie von oben so festgesetzt würden, könne der einzelne Gemüsebauer auch nichts daran ändern, denn wenn er selbst sein Gemüse auch billiger abgeben würde, dann würde eben nur der Kleinhandel den Unterschied einstecken und nicht billiger verkaufen als zu den festgesetzten Höchstpreisen. Die übertrieben hohen Höchstpreise kommen daher, daß sie von Leuten festgesetzt werden, die in ihrem Amtszimmer keine Ahnung von der Wirtschaft und kein Verständnis für den Geldwert beim Wareneinkauf der kleinen Leute haben. Höchstpreise sollten nur von den Hausfrauen oder nur mit deren Zustimmung festgesetzt werden. Grüne Bohnen dürften das Pfund höchstens 20 bis 25 Pfennig kosten, Kohlrabi die Mandel 40 bis 50 Pfennig, Wurzeln das Pfund 15 bis 20 Pfennig. Dabei machte der Bauer noch ein glänzendes Geschäft. Die ganzen Höchstpreise in diesem Jahre seien völlig verfehlt. —

* **Beschränkung der Milchabgabe.** In teilweiser Abänderung der Verordnung vom 10. November 1916 hat der Magistrat die Höchstmenge von Milch, die an einen Haushalt an einem Tage abgegeben werden darf, auf zwei Liter festgesetzt. Ausnahmen kann das Stadternährungsamt in besondern Fällen auf Antrag bewilligen. Die Bezugsberechtigten erhalten in solchen Fällen neben den Milchkarten einen besondern Schein, durch dessen Vorlage das Recht, mehr als 2 Liter zu beziehen, dargetan wird. —

* **Eine erneute Bitte um Gaben,** namentlich von Zigarrenköpfchen, Zigarren, Zigarrenbändern, Zigarrenkisten, Flaschenkapseln, Silberstanniol und Metallteilen richtet die Zigarrenköpfchensammler-Vereinigung durch uns an die Oeffentlichkeit. Bekanntlich sammelt diese Vereinigung die erwähnten Gegenstände, um aus dem Erlös arme Waisen und Halbwaisen, namentlich auch derartige Kinder gefallener Soldaten mit notwendigen Kleidungsstücken, als Schuhwerk, Wäsche usw., zu versehen. Vergangenes Jahr wurden 112 Mädchen und Knaben versorgt, davon 60, deren Väter auf dem Felde der Ehre geblieben sind. Damen wie Herren aller Kreise werden nun gebeten, mitzuhelfen und genannte Gegenstände so bald als möglich abzuliefern. Außer in der Hauptsammelzentrale bei Herrn G. Lehmann, Lessingstraße 8, haben solche noch Zugang durch die in der Stadt verzweigten Nebenstellen, wo sich bezügliche Plakate befinden. Freundlich zugedachte Geldgeschenke sowie Meldungen zur kostenlosen Mitgliedschaft wolle man dort ebenfalls oder dem Leiter der Vereinigung, Kaufmann Reinhold Aßmann, Große Ulrichstraße 49, übermitteln. —

* **Obstverkauf nur noch in Mengen bis 10 Pfund.** Es scheint nunmehr doch noch eine allgemeine Beschlagnahme stattfinden zu sollen. Wenigstens fanden in der Reichsstelle für Gemüse und Obst Besprechungen zwischen den Vertretern der Regierung und verschiedener Interessentenkreise über die Beschlagnahme der Aepfel-, Birnen- und Pflaumenernte statt. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, doch dürften sie zu dem Ergebnis führen, daß die bereits angedeutete Beschlagnahme der Obsternte wirklich durchgeführt wird. Eine einleitende Maßnahme hierzu scheint eine gestern herausgekommene Bekanntmachung des Magistrats zu sein, die hinsichtlich des Absatzes von Marmeladenobst für den Stadtkreis Halle u. a. folgendes bestimmt: Als Marmeladenobst gelten bis auf weiteres alle Aepfel und Birnen der Gruppen 2 und 3 sowie Pflaumen und Zwetschen. Die Abgabe des Marmeladenobstes aus dem Stadtkreis Halle ist nur an die Marmeladenfabrik H. Burgstaller Söhne, Wittenberg, Bezirk Halle, gestattet. Der Kommunalverband kann vereinzelt Ausnahmen bewilligen. Ohne besondere Erlaubnis wird bis auf weiteres die Abgabe von Aepfeln und Birnen der Gruppen 2 an Verbraucher des Erzeugerortes und dessen nähere Umgebung in Mengen unter 10 Pfund gestattet. —

* **Finanzbeschlüsse.** Der Haushaltsausschuß hat am Donnerstag diejenigen Vorlagen erledigt, die am Montag die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigen werden. Er bewilligte zunächst die neuen 4 Millionen Mark für den Kriegsfonds, von denen wir gestern bereits schrieben. Weiter genehmigte er eine Erhöhung des Gaspreises, rückwirkend vom 1. August ab. Danach erhöht sich der Gaspreis im allgemeinen von 14 auf 18 Pfg. für das Kubikmeter, bei gewerblichem Gas von 12 auf 16 Pfg. Der Preis für Gas aus Münzgasmessern erfährt gleichfalls eine entsprechende Erhöhung, nämlich für die eine Abteilung von 16 auf 18, die andre von 19 auf 21 Pfg. Wie bei dieser Gelegenheit bekannt wurde, dürfte auch eine Preiserhöhung für das elektrische Licht aus gleichen Gründen bevorstehen. Außerdem genehmigte der Haushaltsausschuß noch in vier Fällen die Annahme von Kapitalien für Grabpflege sowie ein Abkommen mit der Provinzialverwaltung und dem Verein für Volkswohl betr. die Wanderarbeitsstätte; auch wurden 29 560 Mark Ueberschreitungen bei verschiedenen Haushaltsposten sowie 10 703 Mark für Mehraufwendungen bei der Schlosserstraßenschule nachbewilligt, wovon wir gestern ebenfalls bereits berichteten. —

* **Von der Krollwitzer Aktien-Papierfabrik wird berichtet:** In der am 9. August stattgefundenen Aufsichtsratssitzung der Krollwitzer Aktien-Papierfabrik gelangte der Abschluß für das am 30. Juni beendete letzte Geschäftsjahr zur Vorlage. Der Bruttogewinn beträgt zuzüglich des Vortrags vom 1. Juli 1916 sowie eines Betrags für verfallene Dividendenscheine 977 968,55 Mark. Der am 12. Oktober stattfindenden Generalversammlung soll vorgeschlagen werden, aus diesem Gewinn nach Kürzung der Abschreibungen, Rückstellungen und einer Zuwendung für Zwecke der Kriegsfürsorge 16 Prozent Dividende zu zahlen und den verbleibenden Rest von 60 284,53 Mark auf neue Rechnung vorzutragen. —

* **Einziehung der Zweimarkstücke.** Nach einer neuen Verordnung des Bundesrats gelten die Zweimarkstücke vom 1. Januar 1918 an nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Von diesem Zeitpunkt an ist außer den mit der Einlösung beauftragten Kassen

---

Rotes Flamenblut.

Roman von Pierre Broodcoorens.

Einzige autorisierte Uebersetzung von Johannes Schlaf.

(41. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

In der Tiefe des Gartens rief eine scharfe Stimme: „Schwarze!"

„Das ist Jannah," flüsterte sie.

Tatsächlich hatte die Schwester, von der langen Dauer der Unterhaltung beunruhigt, sich aufgemacht, das Liebespaar zu suchen.

Hilla rief:

„Ich komme!"

„Gut, es eilt nicht," antwortete die andre beruhigt und entfernte sich wieder.

„Das sollst Du wissen," sagte Flobil noch mit hohler Stimme, „ich bin nicht so einer, den man auf die Probe stellt. Es gibt Dinge, die man mir nicht bieten darf. Ich würde mich nicht mehr kennen. Mein „Ohr"*) würde sich hier in meiner Tasche öffnen."

Er schickte sich an, sein Messer hervorzuziehen. Sie sprang ihm an den Hals.

„Sei doch still! Ich gehöre ja Dir."

„Für immer?"

„Für immer!"

Ein kurzes Schweigen lastete.

Mit einem Mal aber fielen sie sich in die Arme und drückten einander lange, ohne Wort.

Ein jäher Windstoß fuhr durch die mächtigen Zweige der Apfelbäume.

18.

Gegen den 15. Dezember hin wären Regengüsse gefallen. Sie hielten ununterbrochen zehn Wochen lang an. Der durchtränkte Erdboden vermochte das Wasser schließlich nicht mehr aufzunehmen. In gelben Gießbächen stürzte es die Abhänge herab und machte in den Gründen die Gräben anschwellen. Die Schwalm trat über ihre Ufer, überschwemmte die Wiesen. Die ganze Gegend war unter dem furchtbaren Grau des Himmels, von dem unaufhörlich wahre Kataraktе niedergossen, ein einziger endloser See. Eine Anzahl Häuser wurden von der Schwalm fortgerissen; und mitten in der Nacht mußten sich die Bauern, auf Flößen und in Fässern zusammengedrängt, zwischen die Pappeln retten. Man erfuhr, daß die Deudre unterhalb Ninove übergetreten war. Das Gelände senkte sich, Häuser stürzten zusammen. Aber das war nur der Vorbote eines größeren Unglücks. Die große Schelde selbst brach mit einer furchtbaren Flut durch die Dämme. Tausende von Hektaren des Polders und des Landes von Waes wurden überschwemmt. Die Zeitungen veröffentlichten die Listen der Opfer.

Dann trat ein jäher Wetterumschlag ein. Es gab einen Graus wie den der Sintflut. Ein Nordwest hatte sich erhoben und machte die Luft eisig. Und der Schnee vollendete das Werk des endlosen Platzregens

Er kam in Wirbeln, mit einem dumpfen Geheul. Von Mitte Januar bis Aschermittwoch sausten ununterbrochen drei Tage lang diese Schneestürze und durchfegten schräg die Luft. Mittwoch früh erwachte die Erde unter einer weichen Schneedecke.

Ein schrecklicher Frost war eingetreten. Es wehte eine schneidend-eisige Brise. Der frei gewordene Himmel zeigte in seinem bleichen, starren Azur, den der rosige Schimmer des Sonnenaufgangs nicht erwärmen konnte, eine kristallisch kalte Klarheit. Und wenn die orangefarbene Scheibe der endlich aufgegangenen Sonne ihre Bahn beschrieb, die geschmälert war durch rote Dünste, welche den Horizont bezogen, zitterte ein Glanz über dem Elend der Welt.

Ins Unendliche dehnte sich die in einen und einen halben Meter dicke Schneedecke gehüllte Ebene. Ein unsägliches Schweigen lastete, wie in den eisigen Oeden des Poles. Nichts mehr schien unter dieser, von einem goldigen Staube funkelnden Eisprocht zu leben. Und die gänzlich verlassenen Wege vermischten sich mit der Fläche, in der hier und da hohe, tintenschwarze und schneeig-weiße Helmbüsche von Bäumen hervorstachen.

Es geschah, daß in dieser Zauberwelt aus Hermelin, Opal und Kupfer an einem Sonnabendvormittag der Hochzeitszug von Souhe Flobil und Hilla Citters die Kirche verließ, um sich nach dem Bahnhof zu begeben, von wo der Siebenelfuhalb-Uhr-Zug sie nach Brüssel führte.

(Fortsetzung folgt.)

*) Ein Wortspiel. „Eustache" bedeutet die Eustachische Röhre im Ohr und zugleich ein Handmesser, Taschenmesser mit Holzgriff. Anm. d. Uebers.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170811-11/fragment/page=0005

niemand zur Annahme dieser Münzen verpflichtet. Sie werden jedoch bis zum 1. Juli 1918 von allen staatlichen und öffentlichen Kassen in Zahlung genommen oder gegen Kassenscheine umgetauscht. —

* **Vom Jugendgericht.** Vier 16- und 17jährige jugendliche Arbeiter aus Ammendorf hatten sich wegen verschiedener schwerer Diebstähle zu verantworten. Einer von ihnen hatte bei seinen eigenen Eltern eingebrochen und dort Lebensmittel und Zigaretten gestohlen. Die Zigaretten wurden ihm abgenommen, darauf brach er nochmals ein. Jetzt gerieten die Zigaretten in seine Hände, außerdem noch Wurstwaren. Der Raub wurde von den vier Freunden in Leuna verzehrt, wo dann gleichfalls eingebrochen wurde. Hier fielen den Dieben ein Rasierapparat und Lebensmittel in die Hände. Sie wurden zu Gefängnisstrafen von 8, 2 und 2 Monaten sowie zu 2 Wochen verurteilt. — Zwei 13jährige Schulknaben sahen von dem Dach ihres Hauses durch eine Luke, daß im Nachbarhaus auf dem Boden allerhand Dinge aufbewahrt wurden, die eines Kindes Herz erfreuen. Sie holten sich eine Wäscheleine und ließen sich durch die Luke herab. Dann erbrachen sie eine Bodenkammer und stahlen Märchenbücher, eine Laterna magica und sonstiges Spielzeug. Einer von ihnen versuchte an einem andern Tage, nochmals in das Gebäude einzudringen. Jetzt mußten sie sich wegen schweren und versuchten schweren Diebstahls verantworten. Der eine wurde mit 3, der andre mit 2 Wochen Gefängnis bestraft. —

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Kartoffeln: Von Montag an 5 Pfund auf Abschnitt 2 der neuen Kartoffelkarte.

Graupen: Von Montag an jede Person ¼ Pfund auf Marke 83 des Warenbezugsscheins 8.

Speiseöbl: Montag vormittag von 8 bis 12 Uhr Nr. 45001 bis 48000, nachmittag von 2 bis 6 Uhr Nr. 48001—51000 der alten Lebensmittelscheine, ein Zwanzigstelliter in der Talamtschule.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Zirkus Krone. Am Sonntag nachmittag beginnt Zirkus Krone sein hiesiges Gastspiel. Wir verweisen im einzelnen auf das Inserat in heutiger Nummer und machen nochmals ausdrücklich darauf aufmerksam, daß der Kartenvorverkauf nicht nur an der Zirkuskasse, sondern auch im Zigarrenhaus Max Schulz, Gr. Ulrichstraße, Ecke Gr. Steinstraße 1/2, stattfindet. —

Auf die Konzerte im Zoo und Bad Wittekind am Sonntag sei auch an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen. Das Nähere wolle man aus den Inseraten ersehen. —

Aus der Provinz.

Zur Wirksamkeit der Mieteinigungsämter.

Die Verordnung des Generalkommandos zur Linderung der Wohnungsnot in den Kreisen Merseburg, Bitterfeld und Wittenberg gibt in ihrer Anwendung zu vielen Zweifeln Anlaß. Bekanntlich läßt sie u. a. eine Aufkündigung von Wohn- und Schlafräumen jeder Art nur dann zu, wenn der Vermieter eine schriftliche Zustimmungserklärung des zuständigen Mieteinigungs- oder Kündigungsamts beibringt. Vor allem ist nun streitig, ob diese Einschränkung der Kündigungsmöglichkeit auch auf solche Wohnungskündigungen angewendet werden kann, die am 1. Juli (zum 1. Oktober 1917) ausgesprochen worden sind. Auf eine Anfrage an das stellvertretende Generalkommando des 4. Armeekorps in Magdeburg traf jetzt die Antwort ein, daß die Bekanntmachung erst mit dem Tag ihrer Veröffentlichung in Kraft tritt. Nun datiert zwar die Bekanntmachung vom 30. Juni 1917, ist aber erst nach dem 1. Juli 1917 veröffentlicht worden, so daß sie auf die am 1. Juli ausgesprochenen Kündigungen keine Anwendung finde. Das Generalkommando weist aber in seinem Antwortschreiben darauf hin, daß die Bekanntmachung voraussichtlich wieder aufgehoben werde. Inzwischen sei eine Regelung der Frage durch eine Bundesratsverordnung erfolgt (vom 26. Juli 1917), die für alle nach dem 1. Juni 1917 erfolgten Kündigungen zutreffe, also ausgedehnte rückwirkende Kraft habe.

Unsers Erachtens wird es notwendig sein, die Bekanntmachung des Generalkommandos der des Bundesrats anzupassen, also ersterer die gleiche rückwirkende Kraft zu geben. Denn abgesehen von diesem einen Differenzpunkt, ist die Verordnung des Bundesrats bei weitem nicht so wirksam und für die Mieter günstig wie die des Generalkommandos. —

Bitterfeld. Kohlenfuhren. Die nachbenannten Fuhrwerksbesitzer sind bereit, auch unter den durch Einführung der Kohlenbezugsscheine entstandenen neuen Verhältnissen die Anfuhr von Briketten zu übernehmen: 1. FranzRiem, Neuestraße 33; 2. Wernicke, Feldstraße 28; 3. Rait, Dessauer Straße 17; 4. Reiband, Neuestraße 31; 5. Dietze, Badergasse 1; 6. Prietzsch, Töpferwall 6; 7. Jahn, Querstraße 11; 8. Kubain, Röhrenstraße 37; 9. Böttcher, Feldstraße 25; 10. Wingerich, Neuestraße 7; 11. Goedecke, Mittelstraße 14. Während die zu 1 bis 3 Genannten direkt frei Haus anfahren und dort die Verteilung nach der Stückzahl vornehmen, werden die übrigen Fuhrherren größere Fuhren auf ihrem Grundstück zentnerweise auswiegen. Für Zuführungen frei Haus werden hier besonders 5 Pfg. je Zentner berechnet, während sich der Preis im übrigen bei allen auf 1,50 Mark je Zentner stellt. —

Eisleben. Zwangslieferung von Obst. Der Magistrat gibt bekannt: Gemäß Verfügung der Reichsstelle für Gemüse und Obst hat jeder Besitzer von Obstbäumen ohne Rücksicht auf Art und Ertrag für jeden Baum 8½ Pfund Hartobst mittlerer Güte abzugeben. Das Obst ist gegen Empfangsbescheinigung, bei der Firma Wilh. Gerhardt, Petristraße 11, abzuliefern. Wo dieser Aufforderung nicht nachkommt, muß vom Bezug gewisser Lebensmittel ausgesperrt werden. —

Mertzburg. Das Wasserwerk hat infolge des Anschlusses des Werkes Leuna im verflossenen Jahre günstig gearbeitet, so daß ein Mehrüberschuß von 28 484,53 Mark vorhanden ist. Der Magistrat hat nun beschlossen, diesen Mehrüberschuß nicht in die allgemeine Kasse fließen zu lassen, sondern, soweit er nicht als Betriebsfonds für das Wasserwerk in Anspruch genommen wird, dem Erneurungsfonds zuzuführen, da das Wasserwerk vor großen neuen Aufgaben steht und sein Erneurungsfonds nur 86 000 Mark rund beträgt. —

Trebnitz. Lebensmittel. Laut einer Bekanntmachung des Landratsamts kommen auf den Bezugsabschnitt 17 der Lebensmittelkarte zur Verteilung: 250 Gramm Hafermehl und ein Würfel Maggijuppe oder ein Röckchen Puddingpulver. —

Weißenfels. Zu den Konflikten in der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G. wird vom „Berl. Tagebl." noch geschrieben: In der letzten Generalversammlung der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G. in Halle hatte die Mehrheit der neuen Verwaltung einen Beschluß gefaßt, der seinem Sinne nach darauf hinauslauft, daß der mit der Kursächsischen Braunkohlen-, Gas- und Kunst-G.m.b.H. abgeschlossene Kohlenlieferungsvertrag als nicht zu Recht bestehend erklärt und demgemäß die Lieferung verweigert werden soll. Demgegenüber steht die Verwaltung der Kursächsischen Gesellschaft nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der abgeschlossene Vertrag formell und materiell unanfechtbar sei. Nichtsdestoweniger hat die Gesellschaft sich vor einiger Zeit schon bereit erklärt, angesichts der gegenüber dem Termin des Vertragsabschlusses wesentlich erschwerten Produktions- und Selbstkostenverhältnisse in eine Revision ihres Vertrags zu willigen, durch die gegenüber der Werschen-Weißenfelser Gesellschaft bzw. gegenüber deren Tochterunternehmen, der Gewerkschaft Christoph-Friedrich, in mehreren Punkten Entgegenkommen gezeigt werden sollte. Die Verwaltung von Werschen-Weißenfels hat jedoch eine Einigung auf der von der Gegenseite vorgeschlagenen Grundlage abgelehnt, da ihr das dadurch erwiesene Entgegenkommen nicht als weitreichend genug erschien. Die Kursächsische Gesellschaft ist nunmehr entschlossen, unverzüglich Feststellungs- und Schadenersatzklagen einzureichen, sofern Werschen-Weißenfels bzw. Christoph-Friedrich wirklich die Erfüllung des Vertrags nicht doch noch gelingen sollte. In keinem Falle dürften übrigens die Streitigkeiten über die Rechtsbeständigkeit des Vertrags die Konsequenz haben, daß die von der Kursächsischen und ihrer Gruppe errichteten und voraussichtlich im Oktober dieses Jahres in Betrieb tretenden Fabrikanlagen ohne Kohlenbezüge von der Gewerkschaft Christoph-Friedrich bleiben werden. Wie schon gemeldet, ist in der Generalversammlung der Werschen-Weißenfelser Gesellschaft der Vorstand ermächtigt worden, außerhalb des Vertrags der Kursächsischen Gesellschaft Kohlen zur Verfügung zu stellen. Ob eine solche außervertragliche Lieferung von der Gewährung günstigerer Bedingungen seitens der Kursächsischen abhängig gemacht werden würde, oder ob Christoph-Friedrich eventuell auch außervertraglich zu den Vertragsbedingungen liefern würde, um Schadenersatzansprüche zu vermeiden bzw. doch ihren Umfang einzuschränken, wird abzuwarten sein. Ebenso ist es fraglich, ob die „Kursächsische" aus rechtlichen Gründen sich mit Lieferungen außerhalb des Vertrags einverstanden erklären würde. Da es sich bei den Fabrikbauten dieser Gruppe aber um Betriebe von besonder kriegswirtschaftlicher Wichtigkeit handelt, steht es außer Zweifel, daß auf irgendeine Weise die pünktliche Lieferung der Kohlen erwirkt werden wird. —

Zeitz. Brot- und Mehlpreis. Vom 13. August an bis auf weiteres gelten folgende Kleinhandelspreise in der Stadt Zeitz: 1 Pfund Brotmehl 21 Pfg., 1 Pfund Weizenauszugmehl 28 Pfg., 1 Pfund Schwarzbrot 18 Pfg., 75 Gramm Weißbrot 6 Pfg. Diese Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, ihre Ueberschreitung zieht die gesetzlichen Strafen nach sich. —

* **Zeitz.** Von der Zeitzer Eisengießerei und Maschinenbau-A.-G. wird berichtet: Der Aufsichtsrat hat beschlossen, für das abgelaufene Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 20 (i. V. 12) Prozent in Vorschlag zu bringen. Die Abschreibungen werden auf weitere 335 000 (208 541) Mark bemessen. — Das Geschäft blüht! Die Arbeiter können das freilich nicht sagen. —

Aus der Parteibewegung.

Eine Kundgebung für den Verständigungsfrieden veranstaltete die Parteileitung in Brandenburg a. d. Havel am Dienstag abend im Volkshaus daselbst. Viele Hunderte Frauen und Männer aus der Arbeiterschaft und auch aus bürgerlichen Kreisen waren gekommen, um dem Vortrag des Genossen Müller (Berlin) über „Die Sozialdemokratie und der Friede" beizuwohnen. Die Versammlung sprach in einer Entschließung gegen nur eine Stimme ihre Genugtuung aus über die Friedenserklärung des Deutschen Reichstags und wies die Forderung nach einem sogenannten starken Frieden mit Kriegsentschädigungen und Gebietserweiterungen weit von sich. Die Versammelten gaben der Hoffnung Ausdruck auf eine kraftvolle und klug Fortleitung des von der Sozialdemokratie ausgehenden Friedenswerks und auf die Durchdringung unsrer verjüngungsreichen Zukünfte mit wahrhaft demokratischem Geiste. Zur Unterstützung dieser Bestrebungen verpflichteten die Versammelten sich, für reihlose Stärkung der sozialdemokratischen Presse und der Arbeiterorganisationen tätig zu sein. Die eindrucksvolle öffentliche Versammlung verlief ohne Störung. —

Minierarbeit. Die Unabhängigen-Gruppe in Kiel hatte letzthin ihre Leute aufgefordert, recht zahlreich die auswärtigen Parteiorgane, die „Leipziger Volkszeitung" wie auch das „Berliner Mitteilungsblatt", zu abonnieren. Dabei wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß beide Blätter in Zukunft mehr als bisher über die Vorgänge am Orte berichten und auch auf die Angriffe der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" eingehen möchten. Hierzu bemerkt die „Leipziger Volkszeitung": „Wir tun, was wir können, aber der grausame Papiermangel setzt uns sehr enge Grenzen. Red. d. „L. V." Sie tut, was sie kann; allerdings! Und damit wird sie die Arbeiterbewegung bald vollends durcheinanderzebrochen haben. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Abschluß der Bewegung im Holzgewerbe.

Die am 27. Juli abgebrochenen Verhandlungen über Teurungszulagen im Holzgewerbe wurden am 8. August im Kriegsamt wieder aufgenommen und unter dem Vorsitz des Hauptmanns Braumann zu Ende geführt. Der Abbruch der zentralen Verhandlungen hatte, wie vorauszusehen war, eine starke Erregung unter den Holzarbeitern im Reiche hervorgerufen. Zu einer großen Zahl von Orten machten sie sehr energisch ihre Forderungen geltend, und unter diesem Drucke hielten es die Unternehmer für geraten, doch noch eine zentrale Verständigung zu suchen.

Die abgeschlossene Vereinbarung geht davon aus, daß die geltenden Verträge unverändert bleiben. Diese laufen noch bis zum 15. Februar 1918, und sie gelten für ein weiteres Jahr, wenn sie nicht bis zum 15. November gekündigt wurden. Da die Verträge durch die neue Vereinbarung nicht berührt werden, stehen für den Herbst dieses Jahres neue Verhandlungen bevor. Die Ausschaltung der Frage der Vertragsverlängerung von den jetzigen Verhandlungen entsprach einem Wunsche der Unternehmer, die hierdurch mit niedrigeren Zugeständnissen davonkommen wollten. Auch der unvermeidliche Neueinteilung der Städte in Lohnklassen wollten sie jetzt aus dem Wege gehen. Für die Geltungsdauer der neuen Vereinbarung bleibt somit die im vorigen Jahre geschaffene und von beiden Parteien als unzulänglich erkannte Einteilung der Städte nach Lohnklassen beibehen.

Die vereinbarte Teurungszulage ist nach Ortsklassen gestaffelt; sie beträgt:

Tarifklasse	I	II	III	IV	V	VI
Arbeiter . .	20	20	20	19	17	15 Pfg.
Arbeiterinnen	15	14	13	12	11	10 „

Diese Zulagen werden in drei Raten bewilligt. Die erste Rate mit 10 Pfg. die Stunde für männliche und 6 Pfg. für weibliche Arbeiter ist bereits am 21. Juli mit sofortiger Wirkung bewilligt worden. Am 15. September ist die letzte Rate mit 5 Pfg. für männliche und 3 Pfg. für weibliche Arbeiter fällig. Vorher ist ab 1. August der verbleibende Rest zu zahlen, der in den verschiedenen Klassen verschieden bemessen ist.

Um den Betrag der Teurungszulage erhöht sich der Mindestlohn, wobei als besonders wertvolle Errungenschaft die gegen den starken Widerstand der Unternehmer durchgesetzte Festlegung von Mindestlöhnen für die Arbeiterinnen zu registrieren ist. Die Mindeststundenlöhne betragen nun:

Tarifklasse	I	II	III	IV	V	VI
Arbeiter . .	105	100	95	90	85	80 Pfg.
Arbeiterinnen	60	57	54	51	48	45 „

Mit Zustimmung des Kriegsamts ist in die Vereinbarung folgende Bestimmung aufgenommen worden:

Die Militärverwaltung in Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg werden bei Vergebung von Aufträgen die Einhaltung dieser Vereinbarung zur Pflicht machen.

Diese Bestimmung ist wertvoll. Die Vereinbarung ist nämlich formell nur zwischen den Arbeiterorganisationen und dem Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe abgeschlossen. Bei den ersten Verhandlungen im Kriegsamt waren auch eine größere Zahl weiterer Unternehmerverbände aus der Holzindustrie vertreten, von denen die meisten erklären ließen, daß sie sich den Vereinbarungen anschließen würden. Beim endgültigen Abschluß am 8. August war von den Arbeitgebern der Arbeitgeber-Schutzverband allein vertreten. Selbstverständlich wird sich der Holzarbeiterverband bemühen, die Vereinbarung in allen Betrieben der Holzindustrie zur Durchführung zu bringen. Hierbei wird ihm das Versprechen der Militärverwaltungen wertvolle Hilfe leisten. Den Holzarbeitern muß jetzt daran liegen, das Ergebnis dieser Lohnbewegung schnell und glatt durchzuführen. Da nach dem Willen der Unternehmer die Frage der Vertragserneurung jetzt offen geblieben ist, wird alsbald mit der Vorbereitung für eine Bewegung begonnen werden müssen, die voraussichtlich noch weit größere Schwierigkeiten bieten wird, als die jetzt abgeschlossene. —

Amtliche Bekanntmachungen.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, die Teigwaren (Nudeln) bei dem Fabrikanten Keil, Bernhardstraße 20, abzuholen.

Die Abgabe erfolgt an die Kleinhändler mit den Buchstaben:

A—F am Montag den 13. August 1917,
G—K „ Dienstag „ 14. „ „
L—R „ Mittwoch „ 15. „ „
S—Z „ Donnerstag „ 16. „ „

Die Kleinhändler sind verpflichtet, in der Teigwarenverteilungsstelle, Teigwarenfabrikant Keil, Bernhardstraße 20, bei der jedesmaligen Abgabe den Bestand an Waren und die Anzahl der von ihnen mit Teigwaren zu versorgenden Personen anzugeben.

Halle, den 11. August 1917. **Der Magistrat.**

Auf **Abzahlung** liefern wir einzelne **Möbel** sowie Polstermöbel, ganze Wohn.-Einrichtungen, Herren- und Knaben-Kleidung, Teppiche, Kinderwagen. Zahlungsbedingungen günstig.
Eichmann & Co. Gr. Ulrichstr. 51, Eingang Schulstraße.

ZOO
reicher Tierbestand
Sonntag, 12. August, nachm. 3½ Uhr
Konzert vom Gerlach-Orchester, abends 7½ Uhr 4485
Großes Abend-Konzert beim Stadttheater-Orchester, unter Mitwirkung des 13jähr. Violinvirtuosen Erich Gey, Schüler des Musikpädagogen Konrad Harter, Leipzig.
Eintrittspreis für Erwachsene 50 ₰, von 7 Uhr ab 35 ₰, für Kinder 20 ₰, für Militär ohne Dienstgrad nur mittags 10 ₰, nachmittags 20 ₰.
Bei ungünstiger Witterung finden die Konzerte im Saale statt.

Bad Wittekind.
Sonntag den 12. August, früh 6½ bis 8½ Uhr
Früh-Konzert
nachmittags 3½ Uhr
Konzert vom Stadttheater-Orchester.
Solist in beiden Konzerten der 13jährige Violinvirtuose Erich Gey, Schüler des Musikpädagogen Konrad Harter, Leipzig.
Leitung: Kapellmeister Karl Rähren.
Eintrittspreise: Zum Frühkonzert 25 Pf., Nachmittagskonzert 35 Pf.
Dauerkarten haben Gültigkeit. 4486

Sommer- und Lederschuhwaren
in allen Preislagen und Ausführungen vorrätig 164
im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87

Alte Promenade Nr. 11a Fernruf 5736 — U.T. — Leipziger Straße Nr. 88 Fernruf 1224

Das rätselhafte Testament
Detektivdrama in 5 Akten.
In der Hauptrolle:
Erich Kaiser-Titz.
Vorführung: 4⁴⁰, 7¹⁰, 9⁴⁰.

Paul Heidemann
in dem Film 161
Der Reiseonkel
Ein reizendes Lustspiel in 3 Akten.
Vorführung: 4⁴⁰, 6⁴⁰, 8⁴⁰.

Törichte kleine Mama
Drama in 3 Akten.
Hauptrolle:
Frau Else Fröhlich.
Vorführung: 4⁴⁰, 7⁰⁰, 9⁰⁰.

Bloß kein Skandal
Erstklassiges Lustspiel mit
Knoppchen.
Vorführung: 4⁰⁰, 6⁰⁰, 8⁰⁰.

Millionär Nibbigs Rekordflug
Ein Filmscherz in 1 Akt.

In beiden Theatern: Die neusten Kriegsberichte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170811-11/fragment/page=0006